

Protokoll

des Einwohnerrates Zofingen

Amtsperiode 2010/13

4. Sitzung vom Montag, 21. Oktober 2013, 18.00 – 22.20 Uhr im Stadtsaal

Vorsitz

Thomas Bühler, Ratspräsident

Protokollführer

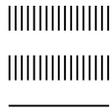
Arthur Senn, Stadtschreiber

Anwesend

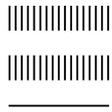
- 35 Mitglieder des Einwohnerrates (ab 18.15 Uhr 36 Mitglieder)
- 7 Mitglieder des Stadtrates
- Bereichs- und Abteilungsleitende der Stadtverwaltung

Entschuldigungen

- Elmar Bertschinger, Einwohnerrat (Vizepräsident)
- Christina Mülchi, Einwohnerrätin
- Michael Müller, Einwohnerrat (bis 18.15 Uhr)
- Yolanda Senn Ammann, Einwohnerrätin
- Jona Weyermann, Einwohnerrat



Traktandenliste	Seite
1. Mitteilungen	571
2. Budget 2014	572
GK 173 Budget 2014 (Erfolgs- und Investitionsrechnungen) inkl. Festsetzung des Gemeindesteuerfusses für 2014 sowie Finanz- und Investitionspläne 2014 - 2023 der Einwohnergemeinde Zofingen	
3. Grundstückverkauf	586
GK 174 Ermächtigung an den Stadtrat zum Verkauf der Parzelle 425 Falkeisenmatte	
4. Parlamentarische Vorstösse	
GK 176 Motion der SP-Fraktion vom 16. September 2013 betr. „Zeitgemässe Tagesstrukturen und Tageschulen“ (Begründung und Beantwortung)	594
GK 177 Motion der SP-Fraktion vom 16. September 2013 betr. „Umsichtiges Mobilitätskonzept BZZ“ (Begründung und Beantwortung)	597
5. Umfrage	598
6. Verabschiedung der ausscheidenden Mitglieder des Einwohnerrates und des Stadtrates; Schlussworte zum Ende der Amtsperiode 2010/13 von Stadtammann und Einwohnerratspräsident	599



Begrüssung

Hr. **Thomas Bühler**, Ratspräsident, eröffnet die Sitzung und begrüsst die anwesenden Mitglieder des Einwohnerrates, die Damen und Herren des Stadtrates, den Ratssekretär, den Stadtweibel, die Stadsaalcrew, die anwesenden Medienvertreter – Beat Kirchhofer (Zofinger Tagblatt), welcher heute Kurt Blum vertritt, der sich im Spital befindet, Christiane Büchli (SRF AG/SO) und Manuel Wälti (Radio Argovia) – sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne. Weiter begrüsst der Präsident die leitenden Angestellten der Stadtverwaltung, welche vollzählig erschienen sind.

Der **Vorsitzende** gibt bekannt, dass sich für die heutige Sitzung seitens des Einwohnerrates Elmar Bertschinger, Christina Mülchi, Yolanda Senn Ammann und Jona Weyermann entschuldigt haben. Er wünscht den Einwohnerrätinnen Christina Mülchi und Yolanda Senn Ammann gute Besserung, da die beiden aus gesundheitlichen Gründen nicht anwesend sein können. Michael Müller wird etwas später erscheinen. Der Rat ist mit momentan **35 Mitgliedern verhandlungsfähig**.

Art. 154

Mitteilungen

Der **Ratspräsident** teilt mit, dass dem Einwohnerrat aus Solidarität zum **Spittelhof** eine **Petition** mit 460 Unterschriften eingereicht wurde.

Die **Neuwahl** des **Einwohnerrats** hat stattgefunden. Er gratuliert allen Gewählten ganz herzlich und wünscht den Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten weiterhin viel Freude und das notwendige Engagement im Amt. Den nicht Gewählten spricht er sein Bedauern aus und bedankt sich für die geleistete Arbeit in der Vergangenheit. Er begrüsst die JUSO als neue Partei im Einwohnerrat.

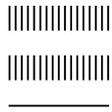
Der **Präsident** gratuliert dem wiedergewählten **Stadtammann Hans-Ruedi Hottiger**, welcher mit 1'767 Stimmen im Amt bestätigt wurde. Auch dem neuen **Vizeammann, Hans-Martin Plüss**, welcher mit 1'957 Stimmen gewählt wurde, spricht er seine herzliche Gratulation aus.

Das **Protokoll** der Einwohnerratssitzung **vom 18. März 2013** wurde am 16. September 2013 per E-Mail verschickt. Nachdem innert Frist eine Einwendung von Jan Bachmann eingegangen ist, wurde diese anlässlich der Bürositzung vom 16. Oktober 2013 behandelt. Das Protokoll wird entsprechend angepasst und gilt mit dieser Änderung als genehmigt. Die korrigierte Fassung wird auf der Homepage publiziert. Das **Protokoll** der Sitzung **vom 24. Juni 2013** ist noch nicht ganz fertig gestellt.

Neueingänge

Es sind keine neuen parlamentarischen Vorstösse eingegangen.

Der **Ratspräsident** stellt die ergänzte Traktandenliste zur Diskussion und gibt bekannt, dass die von Jan Bachmann eingereichte Motion, welche als Interpellation beantwortet wird, in Absprache mit Jan Bachmann erst im März 2014 behandelt werden kann. Nachdem keine Einwendungen erfolgen, gilt die **Traktandenliste** als **genehmigt**. Damit können die restlichen Geschäfte in der vorgesehenen Reihenfolge behandelt werden.



Art. 155

GK 173

**Budget 2014 (Erfolgs- und Investitionsrechnungen) inkl. Festsetzung des Gemeindesteu-
erfusses für 2014 sowie Finanz- und Investitionspläne 2014 – 2023 der Einwohnergemeinde Zofingen**

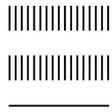
Der **Vorsitzende** bedankt sich bei allen leitenden Angestellten herzlich für die grosse Arbeit, die geleistet wurde.

Per 1. Januar 2014 tritt eine neue Verordnung über den Finanzhaushalt der Gemeinden und Gemeindeverbände in Kraft. Das Budget 2014 wurde nach dem neuen harmonisierten Rechnungsmo-
dell HRM2 erstellt. Zur besseren Vergleichbarkeit hat die Stadt Zofingen das Budget 2013 und die Rechnung 2012 ebenfalls umgeschrieben. Als wichtigste Änderung ist zu erwähnen, dass das Senio-
renzentrum neu in der Abteilung 4 ist (bisher in der Abteilung 5) und sich die Leistungen für die Pensionierten und den Jugendschutz neu in der Abteilung 5 befinden. Dabei handelt es sich natür-
lich nicht um eine abschliessende Aufzählung, sicherlich wird der Präsident der FGPK noch weitere Auswirkungen aufzeigen.

Das Ratsbüro wurde von Stadtmann Hans-Ruedi Hottiger angefragt, ob er zu Beginn dieser Bera-
tung ein Votum über den Stand der Umsetzung der Optimierungsmassnahmen abgeben darf. Das Büro ist damit einverstanden, dass er anhand einer Präsentation darüber informiert.

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtmann, wurde bei den Beratungen in der FGPK darauf angespro-
chen, dass aus dem Budget 2014 nicht klar hervorgehe, warum gewisse Optimierungs- und Spar-
massnahmen in dieses eingeflossen sind und aus welchen Gründen andere nicht. Er hatte damals
zugesichert, dies anlässlich der Budgetberatung noch nachzuholen. Er erläutert daher den Stand der
Umsetzung, um so einige allfällige Fragen bereits im Voraus zu beantworten. Der Prozess ist noch
nicht abgeschlossen und läuft kontinuierlich weiter. Auch in den nächsten Budgets werden weiter-
hin Optimierungsmassnahmen erfolgen. Was der Einwohnerrat heute beschliesst, wird anschlies-
send definitiv. Er hält rückblickend fest, dass in die zweite Version des Budgets CHF 700'000.- an
Spar- und Optimierungsmassnahmen eingeflossen sind. Anschliessend fanden diverse Workshops
des Stadtrates mit der Verwaltung und der FGPK plus (Fraktionsvorsitzende und Parteipräsidenten)
statt. In diesen wurden die Listen weiter ergänzt, so dass schlussendlich 106 Optimierungsmass-
nahmen zusammen gekommen sind. Momentan sind nicht mehr 106 Massnahmen zu prüfen, da
einige bereits Eingang ins Budget gefunden haben oder beiseite gelegt wurden. Die restlichen Opti-
mierungsmassnahmen verbleiben in dieser Liste. Die Massnahmen wurden in 3 Kategorien aufge-
teilt. 14 bedeutet, die Umsetzung erfolgt in diesem Budget, 15 heisst, es erfolgt eine Weiterbearbei-
tung mit entsprechender Prüfung und anschliessendem Entscheid, ob diese Massnahme im Budget
2015 oder 2016 umgesetzt oder ob sie nicht umgesetzt wird. Das X bedeutet, die Optimierungs-
massnahme wird nicht weiterverfolgt (siehe Präsentationsunterlagen). Im Budget finden sich eben-
falls Informationen zu den Optimierungsmassnahmen, welche mit „^“ markiert sind. Anschliessend
erläutert er nochmals die wichtigsten Positionen anhand einer PowerPoint-Präsentation, welche
diesem Protokoll als Anhang beigefügt wird.

Der **Ratspräsident** dankt Stadtmann Hans-Ruedi Hottiger für die Präsentation und die detaillier-
ten Ausführungen. Gleichzeitig begrüsst er **Einwohnerrat Michael Müller**, welcher inzwischen einget-
roffen ist. Somit sind **36 Mitglieder** des Einwohnerrates **anwesend**.

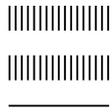


Hr. **Marcel Murri**, Referent und Präsident der FGPK, bedankt sich ebenfalls beim Stadtammann für die Ausführungen zu den Optimierungsmassnahmen. Interessant war vor allem der 3. Teil, welcher darüber Auskunft gibt, welche Massnahmen nicht mehr weiter verfolgt werden sollen. So hat man einen Hinweis, welche Richtung eingeschlagen wird.

Einleitend teilt Marcel Murri einige Überlegungen zum Budget mit, ohne jedoch auf Details von HRM2 einzugehen. Dafür sind die Profis in der Verwaltung zuständig. Auf der Suche nach einer Schlagzeile kam ihm in den Sinn, dass es sich um ein vernünftiges Budget handelt, aber man etwas wenig Boden unter den Füßen hat. Das ist unter anderem auf die neue Budgetierung mit HRM2 zurückzuführen, da gewisse Bezugsgrössen fehlen. Was ist vernünftig? Wenn es so läuft wie geplant, ergibt sich weiterhin keine Neuverschuldung bis Ende 2014. Die Selbstfinanzierung ist plötzlich um CHF 1 Mio. höher als im Budget 2013. Das klingt ja gut, aber wie alle lesen konnten, ist das Defizit – der sogenannte Finanzierungsfehlbetrag – höher als CHF 3,3 Mio. Es erübrigt sich, über diese Stichworte zu sprechen, egal ob die Zitrone nun ausgepresst ist oder nicht. Darüber wurde viel diskutiert und geschrieben in letzter Zeit. Er selber in seiner Funktion als Förster ist gewohnt, nachhaltig zu arbeiten und nur soviel Holz zu brauchen wie nachwächst. Hier stellt er andere Tatsachen fest.

Ein Quervergleich ist diesmal sehr schwierig, vor allem wenn über Detailpositionen diskutiert werden soll. Es ist nicht möglich, einen Vergleich 1:1 vorzunehmen, obwohl optimale Planungs- und Entscheidungsgrundlagen vorliegen. Der Aufwand der Verwaltung und des Stadtrates, alles umzuschreiben und auf ein vergleichbares Niveau zu bringen, war sehr gross. Aber es gibt trotzdem einzelne Posten, die nicht verglichen werden können. Darum soll längerfristig und nachhaltig überlegt und die Quervergleiche in 2 bis 3 Jahren gemacht werden, dann liegen Benchmarks vor, die darauf hinweisen, in welche Richtung sich diese einzelnen Positionen bewegt haben. Bis dahin sollten die Konsolidierungen erfolgt sein.

Marcel Murri nimmt einen Mini-Rückblick vor. Er hat letztes Jahr bzw. vor 8 Monaten bereits einmal Rückschau gehalten. Es war ein sehr ausserordentliches Jahr, was die Finanzierungen und die Budgetierung der Stadt Zofingen betreffen. Das aktuelle Budget konnte erst am 28. Februar – nach einer für alle lehrsamem Ehrenrunde – genehmigt werden. Daher sollte allen die Budgetierung noch sehr präsent sein. Bereits einen halben Monat später stand die Rechnung an, welche der FGPK die Augen geöffnet hat. Als Stichwort: die Belastbarkeit von Zofingen liegt noch bei CHF 0,5 Mio. Das hat sich sicherlich nicht schlagartig geändert. Wieder einige Tage später hatte die FGPK bereits das Budget 2014 in Händen. Dazu doch der Hinweis, dass man seit ungefähr 6 Monaten in der Lage ist, seriös über das Budget zu diskutieren. Die FGPK wäre froh um Inputs der Fraktionen gewesen, damit eine gute und detaillierte Budgetdiskussion hätte erfolgen können. An der wichtigsten FGPK-Sitzung, nämlich der Budgetsitzung, gab es drei – sehr gut begründete – Absenzen. Dies soll kein Vorwurf sein, aber daraus entstand folgende Anregung an die Fraktionen, welche als Wunsch für die nächste Saison weitergegeben werden soll. Wäre es in den Fraktionen nicht eine Überlegung wert, im Hinblick auf die Budgetsitzung den gewohnten Ablauf zu ändern und diese eine Fraktionssitzung nicht erst nach sondern vor der FGPK-Budget-Sitzung durchzuführen. Dadurch könnte die FGPK auch auf Detailstufe politisch diskutieren, da solche Diskussionen in dieses Gremium gehören und nicht in eine Beratung im Plenum. Er stellt keineswegs in Abrede, dass man im Rahmen der politischen Diskussion auch nach dem Input der FGPK noch schlauer werden kann. Es gibt einige politische Posten, die durchaus im Plenum diskutiert werden sollen. Aber er ist sich gewohnt, dass die Detailarbeit in den Kommissionen erfolgt. Dadurch kann das Plenum anschliessend mit guten Entscheidungsgrundlagen weiter arbeiten.



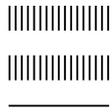
Es konnte festgestellt werden, dass der Stadtrat den Auftrag für die Optimierungsmassnahmen ernst genommen hat. Wie allgemein üblich, orientiert man sich zuerst eher an den kleinen Posten, welche schnell realisierbar sind. Insgesamt konnten über zwei Jahre hinweg rund CHF 1,4 Mio. eingespart werden. Das könnte erklären, weshalb die Selbstfinanzierung wieder um CHF 1 Mio. gestiegen ist. „Könnte“ deshalb, weil Marcel Murri nicht so ganz sicher ist, ob diese Begründung zutrifft. Das wird sich definitiv erst in der Rechnung 2014 zeigen.

Die FGPK ist – wie immer – normal auf dieses Geschäft eingetreten, hat ihre Arbeitsgruppen gebildet und diese haben sich sehr detailliert mit dem Budget beschäftigt. Die gestellten politischen und technischen Fragen waren üppiger als auch schon, gingen sehr in die Tiefe und wurden allesamt schriftlich beantwortet. Es handelte sich um kritische Fragen, deren Beantwortung von der FGPK zur Kenntnis genommen wurde. Danach erhielten die FGPK-Mitglieder nochmals Gelegenheit für weitere Nachfragen beim Stadtrat und beim Leiter Finanzen und Controlling. Da die Fragen ausführlich und schlüssig beantwortet wurden, war weiterer Bedarf für Nachfragen eigentlich nicht mehr vorhanden. Die FGPK genehmigte das Budget mit 6:0 Stimmen mit Ausnahme des Beitrages an die Freizeitanlage Spittelhof. Der Stadtrat hat sich inzwischen dem Änderungsantrag angeschlossen. Somit kann festgestellt werden, dass die FGPK dem Budget insgesamt zugestimmt hat.

An dieser Stelle spricht Marcel Murri zweimal seinen Dank aus. Einerseits bedankt er sich beim Stadtrat für die inzwischen üblich gewordene gute Vorbereitung und bei der Verwaltung, welche es überhaupt ermöglicht hat, diese Informationen zu liefern. Es ist nicht überall selbstverständlich, dass so offen und transparent informiert und diskutiert wird. Der zweite – ausserordentliche – Dank betrifft das Umschreiben auf HRM2, damit die Zahlen vergleichbar sind. Auch das ist nicht selbstverständlich und wurde bei weitem nicht in allen Gemeinden gemacht. Dies war primär für die Verwaltung eine grosse Aufgabe. Auch bedankt er sich bei „seiner“ FGPK für den guten Job. Er konnte feststellen, dass die Prüfung sehr detailliert erfolgte und in den zusammengestellten Teams gute Arbeit geleistet wurde.

Marcel Murri kommt noch kurz zu einigen Fakten des Budgets. Der Steuerfuss bleibt unverändert. Bei den Steuereinnahmen sind jedoch zwei Entwicklungen zu beachten: die Einnahmen bei den natürlichen Personen sinken weiterhin, trotz der Versicherung, diese würden sich wieder stabilisieren. Auf der anderen Seite erfolgt eine Kompensation durch die juristischen Personen, bei welchen ein Anstieg zu verzeichnen ist. Die Steuereinnahmen bleiben dadurch in etwa stabil. Die Steuerausfälle, die eine Folge der Steuergesetzrevision sind, werden vor allem in den Jahren 2014 und 2015 spürbar sein. Die Sparmassnahmen für dieses Jahr betragen neu CHF 0,58 Mio. Daraus resultiert eine Selbstfinanzierung von knapp CHF 3 Mio. Er wiederholt nochmals, dass diese in der Rechnung 2012 noch CHF 1,5 Mio. betrug. Ob sie sich wirklich verdoppelt hat, wird man sehen. Vom Stadtrat wird eine Zielvorgabe von CHF 4 bis CHF 5 Mio. pro Jahr definiert. Noch vor einigen Jahren sprach man von CHF 5 bis CHF 6 Mio. Selbstfinanzierung. Aus welchen Gründen die Zielvorgabe gesenkt wird, entzieht sich seiner Kenntnis, denn die Nettoinvestitionen für das nächste Jahr betragen CHF 6,25 Mio. und dies entspricht dem Durchschnitt der nächsten 20 Jahre. Wie man mit einer Selbstfinanzierung von CHF 4 Mio. nachhaltig über die Runden kommen will, ist Marcel Murri noch nicht klar. Der Finanzierungsfehlbetrag liegt zwar bei CHF 3,3 Mio., trotzdem bleibt das Vermögen knapp erhalten. Die Zinsbelastung beträgt 0,3 %. Es ist wohl allen bewusst, dass diese Belastung schlagartig kippt, wenn die Verschuldung ansteigt.

Wie bereits erwähnt, ist ein Vergleich der Nettoaufwendungen der einzelnen Positionen fast nicht möglich. Zudem sind über 80 % der Ausgaben fest gebunden, so dass kein Spielraum bleibt. Es bleiben daher wirklich nur kleinere Posten, bei denen Veränderungen möglich sind. Notabene ist noch zu erwähnen, dass Zofingen bei den Benchmarks, welche die Personalintensität oder die Nettoauf-



wendungen der Verwaltung betreffen, im Vergleich mit anderen Zentrumsgemeinden gut dasteht. Dieser Benchmark wird nun auch wieder etwas schwieriger zu führen. Auch da sind in zwei bis drei Jahren aber wieder Vergleiche möglich.

Marcel Murri fragt sich, was aus dem Gesagten bleibt. Er konnte bisher nicht „Wow“ ausrufen. Aus Sicht der FGPK wurden einige Punkte angesprochen. Als zusätzliches Stichwort kann man noch den Unterhalt der Badi anführen. Diese Frage wurde zwar mit guten Begründungen beantwortet, aber es ist bekannt, dass es sich bei der Badi um eine bauliche Zeitbombe handelt. Wenn dort etwas Markantes aussteigen sollte, müsste viel Geld in die Hände genommen werden oder es wären ganz andere Massnahmen ins Auge zu fassen, was er aber für eher unwahrscheinlich hält. Ein weiteres Stichwort war die Einführung von Tagesstrukturen, was in der nächsten Budgetrunde bestimmt ein zentrales Thema sein wird. Übrig bleibt noch der Spittelhof. Er will nicht gross auf die intensiv geführten Diskussionen der letzten Tage eingehen. In der FGPK wurde ebenfalls darüber diskutiert und man hat sich an die klare und eindeutige Willensäusserung der FGPK plus erinnert. Die Meinungsäusserungen der FGPK-Mitglieder waren recht kontrovers und reichten von Personaleinsparungen bis Unterstützung des stadträtlichen Antrags. Es wurde über CHF 50'000.- für nächstes Jahr diskutiert. Nach intensivem Meinungs austausch hat die FGPK mit 3:2 Stimmen und 1 Enthaltung (bei 3 Absenzen) entschieden, dem Rat zu beantragen, dass der Beitrag auf CHF 125'000.- festgesetzt werden soll. Mit der Reduktion um CHF 25'000.- gegenüber letztem Jahr soll ein Signal gesetzt werden, dass die Eigenfinanzierungsquote im Spittelhof höher werden muss. Gerichtet ist dieses Signal an die Erwachsenenurse mit der Aufforderung, in diesem Bereich möglichst kostendeckend zu arbeiten.

Abschliessend hält Marcel Murri nochmals fest, dass das Budget für das nächste Jahr tragbar ist. Es ist jedoch im Hinterkopf zu behalten, dass das Investitionsvolumen in Zofingen langfristig gross ist. Die Infrastruktur muss unterhalten werden, um ein Absacken zu verhindern.

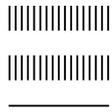
Hr. **Marcel Murri** gibt die Ergebnisse der Beratungen in der FGPK bekannt:

Die FGPK empfiehlt die **Anträge 1** und **2** einstimmig zur Annahme. Dem **Antrag 3** hat die FGPK mit 5:0 Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt. Den **4. Antrag** empfiehlt die FGPK mit Ausnahme des von der Kommission korrigierten Budgetpostens Spittelhof (Konto 3636.00) ebenfalls einstimmig zur Annahme. Der Stadtrat ist dem Antrag der FGPK gefolgt, den Beitrag auf CHF 125'000.- festzulegen, welcher von der FGPK mit 3:2 Stimmen (bei 1 Enthaltung) angenommen wurde. Was den **5. Antrag** betrifft, so hat man in der FGPK von den Investitions- und Finanzplänen 2014 – 2023 nur mit 5:1 Stimmen Kenntnis genommen.

Der **Ratspräsident** verdankt die detaillierten Ausführungen des FGPK-Präsidenten. Er präzisiert nochmals den Sachverhalt betr. den Beitrag an den Spittelhof von CHF 125'000.-. Nachdem der Stadtrat dem Beitrag in dieser Höhe zugestimmt hat, gehört in das aktuelle Budget der Betrag von CHF 125'000.- und nicht mehr CHF 100'000.-. Er fragt den Rat an, ob Eintreten bestritten ist.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, bittet der **Präsident** die Sprecher der Fraktionen, ihre Voten zum Geschäft abzugeben.

Fr. **Irma Jordi**, DYM/CVP, will sich kurz fassen. Sie stimmt Marcel Murri zu, dass es ein anspruchsvolles und wahrscheinlich das anstrengendste Jahr war, das sie selber als Einwohnerrätin schon erlebt hat. Mit der Ablehnung des Budgets 2013 haben die Diskussionen begonnen. Diese wurden erfreulicherweise sehr intensiv geführt. Sie persönlich hat als besonders erfreulich empfunden, dass



aus der Bevölkerung diverse Aufschreie wegen der Freizeitanlage Spittelhof erfolgten. Viele haben das Budget 2013 aber abgelehnt, ohne sich der effektiven Konsequenzen bewusst zu sein.

Wie man gehört hat, ist die Selbstfinanzierung des Budgets auf bescheidener Höhe, die gebundenen Ausgaben liegen nach wie vor bei 80 % und die Einnahmenseite stagniert. Es stellt sich die Frage, ob die aufgestellten Wohnbauten wirklich die gewünschte Qualität an Steuerzahlern erreicht.

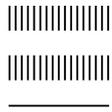
Die Fraktion der DYM stimmt dem Budget zu. Allerdings wird man einzelne Anträge stellen. Unter anderem setzt man sich dafür ein, dass dem Spittelhof auch diesmal wieder CHF 150'000.- zugesprochen werden. Da noch Ideen vorhanden sind, wo weiteres Sparpotenzial besteht, werden die entsprechenden Anträge erfolgen. Zudem unterstützt die DYM auch andere Fraktionen, welche ebenfalls Anträge für Einsparungen stellen werden.

Hr. **Markus Gfeller**, SVP, teilt mit, dass die SVP-Fraktion das Budget ebenfalls intensiv bearbeitet hat. Erschwerend hinzu kam die Umstellung des Kontenplans. Dadurch war man vermehrt auf Erklärungen und zusätzliche Informationen angewiesen. Bei den Ressortzielen fällt auf, dass häufig gar keine Ziele, sondern lediglich die Tätigkeiten genannt werden. Noch mehr stört jedoch, dass häufig nicht gemessen werden kann, ob die Ziele erreicht wurden.

Zu den Optimierungsmassnahmen sind durch den Stadtmann bereits einige Ausführungen erfolgt. Es kann festgestellt werden, dass zahlreiche Massnahmen in Bearbeitung sind und es bleibt zu hoffen, dass im Budget 2015 noch weitere Optimierungen erfolgen. Er spricht dem Stadtrat und der Verwaltung seinen Dank für die grossen Anstrengungen und die Arbeit aus, welche zu den Einsparungen von rund CHF 0,5 Mio. geführt haben. Bezüglich Freizeitanlage Spittelhof teilt Markus Gfeller mit, dass die Mehrheit der Fraktion dem stadträtlichen „Umschwenker“ zustimmen wird.

Das Budget bietet wenige Überraschungen, hält Hr. **Jakob Lang**, FDP, einleitend fest. Der Investitionsplan, welcher eine Rekordhöhe erreicht, wurde bereits ausführlich behandelt. Durch HRM2 wird die ganze Rechnung lesbarer und dadurch auch transparenter. Im Zentrum stehen die Spar- und Optimierungsmassnahmen. Im laufenden Jahr hat man diesen Prozess durchgeführt, den Dialog geführt und die Liste aufgebaut. Umgesetzt wurden bis jetzt 11 dieser Massnahmen im Umfang von rund CHF 0,5 Mio. Vermisst hat man aber die erweiterten Angaben, welche heute anhand der PowerPoint-Präsentation gezeigt wurden. Die FDP-Fraktion wäre froh, wenn diese jeweils als Work in progress zur Verfügung stehen würden. Er stellt fest, dass sich sehr positive Beispiele in diesem Budget befinden. Als Stichwort nennt er den Werkhof. Durch Optimierungsmassnahmen trägt dieser substantiell zur nachhaltigen Entlastung des Budgets bei. Als weiteres positives Beispiel zur Leistungsoptimierung ist die Schulsozialarbeit zu nennen. Der Rat hatte dazumal der Schulsozialarbeit zugestimmt, sofern eine budgetneutrale Umsetzung möglich wäre. Dieser Beschluss sorgte für einige lange Gesichter und wurde zum Teil auch falsch verstanden. Die Schulleitung und die Schulpflege machten sich an die Arbeit und haben Prioritäten gesetzt, Bestehendes hinterfragt, Notwendiges und Wünschbares gegeneinander abgewogen und so konnte die Schulsozialarbeit auf Kindergartenstufe schlussendlich budgetneutral umgesetzt werden. Es ist im Sinne der FDP, dass Wichtiges umgesetzt wird und man sich vom nicht Notwendigen verabschiedet.

Weitere Spar- und Optimierungsmassnahmen finden sich schwergewichtig im Sachkostenbereich und bei den Beiträgen. Es ist bekannt, dass nicht alle diese Massnahmen nachhaltig sind, aber es wird doch gespart. Vermisst hat die FDP weitere Schritte in der Verwaltungsstruktur. Man konnte heute sehen, dass sich diese zum Teil noch in der Liste finden, welche ihnen bei ihren Diskussionen noch nicht bekannt waren. Eigentlich hat die FDP-Fraktion 2 Anträge vorbereitet, aber es wurde



darauf hingewiesen, dass dieses Vorgehen aus juristischen Gründen in der Budget-Debatte nicht möglich sei. Daher werden diese Anliegen neu als politische Vorstösse lanciert.

Die laufende Rechnung ist das Eine. Das Andere sind die zukunftsgerichteten Investitionen. Zofingen hat sich viel vorgenommen, muss sich viel vornehmen und hat sicherlich noch Nachholbedarf. Im Jahr 2014 stehen die Sanierung des BZZ, das Seniorenzentrum, die Mühlethalstrasse, die Unterführung und noch mehr an. Bei den CHF 65 Mio., welche gemäss Investitionsplanung während der nächsten 10 Jahre investiert werden sollen, handelt es sich um einen happigen Betrag. Diese grossen Investitionen sind seiner Meinung nach besser zu bewältigen, wenn das notwendige Geld nicht in der Verwaltung, im Tagesgeschäft, verbraucht wird, sondern zukunftsgerichtet für die kommenden Generationen investiert werden kann. Es wird allenfalls notwendig sein, das eine oder andere Projekt in Zukunft zu hinterfragen. In den nächsten 10 Jahren wird jedoch noch viel Wasser die Wälder hinunter fliessen und so manches Projekt liegt noch im Nebel oder ist zumindest von Dunst umhüllt. Vermutlich ist die Liste auch nicht abschliessend und wird sich deshalb noch verändern.

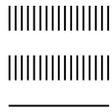
Die FDP-Fraktion würdigt die Anstrengungen, welche von Stadtrat, Verwaltung, Werkhof, Schule usw. unternommen werden, so dass die Meinung besteht, es handle sich um ein mehrheitsfähiges Budget. Nichts desto trotz wird von Seiten der FDP ein Antrag folgen und die Zustimmung zum Budget wäre für die FDP-Fraktion einfacher, wenn dieser Antrag vom Rat unterstützt würde.

Hr. **Marcel Thüler**, SP, freut sich, dass es Jakob Lang immer wieder gelingt, ihn zu überraschen. Er selber hat in den vergangenen Budgetdebatten immer wieder darauf hingewiesen, dass der Investitionsplan nicht vollständig ist. Jetzt wurde ihm dieser Sachverhalt von Jakob Lang bestätigt. Manchmal dauert es etwas länger, aber jetzt kommt es gut.

Auch die SP-Fraktion durfte feststellen, dass sich im Budget 2014 nicht wahnsinnig viele Überraschungen verbergen. Mittlerweile sind die vorgenommenen Einsparungen, welche überall verteilt sind, bei ca. CHF 1,4 Mio. angelangt. Damit bewahrheitet sich der Spruch „Kleinvieh macht auch Mist“. Als gutes Beispiel wurde vorher bereits der Werkhof genannt. Er könnte sich aber vorstellen, dass gewisse Sachen nicht mehr erledigt werden. Denn es ist nicht möglich, mit einer Stelle weniger gleichviel zu erledigen wie vorher. Mit diesen Einschränkungen muss man gezwungenermassen leben. Ein weiterer Punkt, der immer wieder zu Diskussionen Anlass gibt, ist das Personal. Das ist der grösste Kostenpunkt einer Verwaltung und man kann immer versuchen, an dieser Stelle Optimierungen vorzunehmen. In letzter Zeit kam es aber nun vor, dass hinter vorgehaltener Hand über einzelne Stellen und einzelne Personen diskutiert wurde und wie viel Sparpotenzial noch vorhanden sein könnte. Es muss dazu gesagt werden, es handelt sich bei der Verwaltung um Menschen, die dort arbeiten, die ihre Aufgaben erledigen und die wissen, dass über sie öfters mal ein dummer Spruch fällt. Manchmal ist es nicht ganz einfach, solche Äusserungen einfach wegzustecken. Deshalb spricht Marcel Thüler den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und allen, die ihre Zeit für Zofingen zur Verfügung stellen, seinen Dank aus.

Der Investitionsplan wurde bereits vorher erwähnt, dieser bereitet etwas Kopfzerbrechen. Man spricht von Investitionen in der Grössenordnung von CHF 6 bis 7 Mio. jährlich. Das Ziel für die Selbstfinanzierung liegt bei CHF 4 Mio. – wenn dieses überhaupt erreicht werden kann. Nach seiner Rechnung fehlen pro Jahr somit immer noch ca. CHF 3 bis 4 Mio., um welche die Verschuldung steigen wird. Offenbar will man dies in Kauf nehmen, wenn man diesem Budget zustimmt.

Weiter hat die FGPK festgestellt, dass im Seniorenzentrum unsauber budgetiert wurde. Der Stadtrat hat den Sachverhalt erklärt und ist dafür besorgt, dass die Fehler korrigiert werden.



Die SP-Fraktion hat auch über das Kinderfest diskutiert und festgestellt, dass den Kindern Gutscheine ausgehändigt werden, mit welchen sie sich verpflegen können. Es stellt sich die Frage, ob die Stadt den Einkauf und den Ausschank der Getränke nicht selber besorgen könnte. Hier wäre noch ein grosses Sparpotenzial vorhanden.

Soweit die allgemeinen Ausführungen zum Budget. Speziell erwähnt werden muss aber der Spittelhof. Man hat gelesen und gehört, dass die Zitrone ausgepresst sei. Die FDP ist der Ansicht, dies sei nicht der Fall, man habe ja wieder ein einigermaßen gutes Budget erstellen können. Die Frage ist natürlich, wo fängt das Auspressen an und wo hört es auf? Für die SP fängt das Auspressen an, wenn an Institutionen wie dem Spittelhof „herumgeschraubt“ werden muss, wie es nun ja auch passiert ist. Mittlerweile wurde eine Petition mit 460 Unterschriften von Zofingerinnen und Zofingern eingereicht mit der Kernaussage, der Spittelhof solle beibehalten und der Beitrag nicht gekürzt werden. Auch in der Fraktion wurde lange und ausführlich diskutiert, welche Konsequenzen sich daraus ergeben. Wenn Zofingen den Beitrag an den Spittelhof kürzt, so handelt es sich um ein deutliches Zeichen an die angrenzenden Gemeinden, sich anteilmässig am bestehenden Angebot zu beteiligen. Das ist richtig und wurde in der FGPK plus auch so thematisiert. Die Kosten sollen weiterverrechnet werden, das entspricht auch dem Wunsch der SP. Die grosse Frage ist aber, aus welchen Gründen die Freizeitanlage Spittelhof jetzt an die Schlachtbank geführt werden soll. Eine entsprechende Antwort konnte nicht gefunden werden. Die Meinungen der Fraktion waren geteilt. Einerseits gibt es den emotionalen und andererseits den sachlichen Aspekt. Offenbar hatte der Verein bereits seit längerem die Information, dass Kosten eingespart werden sollen, aber bis dato wurde nichts oder nicht genügend unternommen, um dieser Aufforderung Folge zu leisten. Nun kann man natürlich den Beitrag um CHF 25'000.- kürzen und hoffen, dass die Mitglieder ihre Gemeinden auffordern, höhere Beiträge zu leisten. In der SP-Fraktion ist sehr umstritten, ob es sich dabei um den richtigen Weg handelt. Sofern irgendwelche Anträge gestellt werden, wird man sich zu diesen entsprechend äussern. Marcel Thüler bedankt sich ganz herzlich bei den 460 Personen, welche die Petition unterzeichnet haben und speziell dankt er denjenigen, die das Komitee gegründet haben und sich für den Spittelhof einsetzen. Einen nochmaligen Dank spricht er der Verwaltung für die Mitarbeit an diesem guten Budget aus, insbesondere dem Leiter Finanzen und Controlling René Küng, welcher diverse Wochenenden für HRM2 eingesetzt hat. Die SP wird die Anträge mehr oder weniger unterstützen, steht aber hinter dem Budget 2014.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet der **Vorsitzende** die Detailberatung, indem er jeweils die einzelnen Abteilungen des Budgets inkl. die entsprechenden Begründungen zur Diskussion stellt.

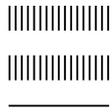
Beratung Budget 2014 gemäss Inhaltsverzeichnis

Das Wort wird nicht verlangt.

Abschnittsweise Beratung der Einwohnerratsvorlage zum Budget 2014

3. Jahresziele 2014

Hr. **Stefan Giezendanner**, SVP, macht eine kurze und knappe Aussage. Alles Weitere kann im Protokoll der FGPK nachgelesen werden. Er wünscht sich für nächstes Jahr prägnantere und messbare Ziele. Er erwähnt kein spezielles Ressort, aber es finden sich sehr viele schwammige Aussagen, an welchen die Damen und Herren Stadträte nicht gemessen werden können.



Ressort Kultur

Hr. **Benjamin Gut**, SP, erläutert, dass es sich bei OX. Kultur im Ochsen, um eines der 5 Standbeine der Kulturförderung gemäss Kulturförderungskonzept in Zofingen handelt und den Sektor Jugendkultur abdeckt. Momentan läuft der Betrieb auf äusserster Sparflamme und verliert zunehmend an Akzeptanz und Interesse. Im Rahmen einer Petition wurden jedoch über 3'600 Unterschriften gesammelt und eingereicht. Der Stadtrat hat in der Beantwortung der Interpellation GK 99 betr. Zukunft OX. Kultur im Ochsen versprochen, dem Verein zu guten Rahmenbedingungen zu verhelfen. Nun ist dieses Anliegen, welches eines der 5 wichtigsten sein sollte, im Ressort Kultur nicht erwähnt. Er will daher wissen, mit welchen Argumenten dieses Ziel vernachlässigt wird. Sollte es nicht ein Ziel sein, diese Big five wieder anbieten zu können?

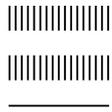
Fr. **Annegret Dubach**, Vizeammann, versteht Benjamin Gut natürlich. Aufgrund ihrer Krankheit wurde alles etwas über den Haufen geworfen. Glücklicherweise ist Stadträtin Christiane Guyer eingesprungen. Mittlerweise läuft das Projekt aber auf Hochtouren. Vor 2 Wochen hat der Stadtrat im Planet Z! eine Präsentation erhalten, wie weiter vorgegangen werden soll. Es wurde während ihrer Abwesenheit sehr viel gearbeitet. Die Verzögerungen sind nur durch die spezielle Situation entstanden, es stehen keine bösen Absichten dahinter. Die Arbeiten laufen und mit den Zuständigen vom OX besteht ein gutes Einvernehmen. Zudem wurde mit Personen aus der offenen Jugendarbeit eine Arbeitsgruppe gegründet, welcher unter anderen auch Cécile Vilas und Emanuele Soldati angehören. Sie versichert, dass man auf einem guten Weg ist, auch wenn dieser nicht abgebildet ist.

7.3 Zahlenteil, 0 Allgemeine Verwaltung, Hochbau und Liegenschaften, Konten 0224.3010.00 und 0224.4310.00 (Seite 59)

Fr. **Maja Freiermuth**, FDP, stellt einen Antrag zu den Konten 0224.3010.00 und 0224.4310.00. Im Bereich Hochbau und Liegenschaften wird auf nächstes Jahr eine Stelle geschaffen, welche während 3 Jahren diejenigen Projekte betreuen soll, die in letzter Zeit vom Einwohnerrat befürwortet wurden. Von einer Stellenaufstockung war allerdings bei diesen Investitionsvorhaben nie die Rede. Es wurden lediglich Eigenleistungen aufgeführt. Zeitlich befristete Stellen sind problematisch. Für qualifizierte Arbeitssuchende ist es unattraktiv, eine auf 3 Jahre befristete Anstellung anzunehmen. Zudem bleiben solche Stellen nach Ablauf meistens erhalten und werden in reguläre Anstellungen umgewandelt, da man sich nicht mehr vorstellen kann, wie die anfallenden Aufgaben aufgeteilt werden sollen. Stadtmann Hans-Ruedi Hottiger hat vorher selber bestätigt, wie schwer es ist, eine solche Stelle wieder aus dem Betrieb herauszulösen, wenn alles läuft. Die FDP schlägt vor, diese Aufgaben extern zu vergeben, da man überzeugt ist, dass so weniger Kosten anfallen und die Arbeit effizienter ausgeführt wird. Eine Stellen-Aufstockung im Bereich Hochbau kann dadurch vermieden werden und die weitere Bearbeitung der Projekte ist möglich, ohne dass man am Schluss auf einer weiteren Stelle sitzen bleibt. Daher der konkrete Antrag:

Auf die auf 3 Jahre befristete Stellenerhöhung im Bereich Hochbau (Konto 0224.3010.00 und 0224.4310.00) ist zu verzichten.

Hr. **Hans-Martin Plüss**, Stadtrat, nimmt Stellung zum Antrag bezüglich der befristeten Stellen-Aufstockung im Bereich Hochbau und Liegenschaften. Diese Aufstockung um 1 Stelle wurde vom Stadtrat im Budget 2013 eingebracht und anschliessend bewilligt. Nachdem aber dann das ganze Budget abgelehnt wurde, verzichtete der Stadtrat darauf, noch einmal mit diesem Antrag anzutreten und die entsprechende Verwaltungsabteilung hat das Jahr 2013 ohne diese Stelle „durchgeseucht“. Er braucht diesen Ausdruck bewusst, da auch aus den Optimierungsmassnahmen ersichtlich ist,



dass sich mangels Kapazitäten die Pendenzen massiv vermehrt haben. Bei Baubewilligungsverfahren ist es momentan so, dass diese Verfahren rund 8 und mehr Monate dauern, wenn Einwendungen erhoben werden. Aus seiner Sicht sind so lange Wartezeiten unzumutbar. Mit dieser Methode werden volkswirtschaftlich Schäden hervorgerufen und er kann sich nicht vorstellen, dass dies die Absicht der FDP ist. Weiter konnte man sehen, dass die Aufgaben des Bereichs Hochbau und Liegenschaften stark gestiegen sind. Das konnte auch in den Jahreszielen nachgelesen werden. Ein weiteres Grossprojekt, das Quartierschulhaus BZZ, ist ebenfalls dazugekommen. Zudem will man wirklich versuchen, die Pendenzen aufzuarbeiten und mit den Optimierungsmassnahmen nachhaltig zu einer Entlastung des Zofinger Haushalts beizutragen. Der Bedarf für diese Stelle ist ganz klar da.

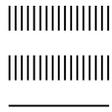
Es sind Befürchtungen aufgetaucht, dass man keine qualifizierten Berufsleute findet oder sich die Stelle verewigen wird, wenn sie mal 3 Jahre bestanden hat. Ob sich diese Befürchtungen wirklich bewahrheiten, daran zweifelt Stadtrat Hans-Martin Plüss eher. Aber definitiv herausfinden wird man es erst, wenn die Stelle ausgeschrieben ist. Zum anderen Punkt führt er aus, dass bei den Optimierungsmassnahmen, z.B. beim Energie sparen an den Bauten – dem Energo – in 3 Jahren die Initialisierungsphase abgeschlossen sein wird, so dass danach keine weiteren Inputs von Seiten Hochbau und Liegenschaften mehr nötig sind. Auch bei der Portfolio-Strategie sollte man bis dahin soweit sein, dass erste Massnahmen umgesetzt sind. Mit dem Seniorenzentrum wird man in 3 Jahren auf der Zielgeraden liegen und das Quartierschulhaus sollte sich im Bau befinden. Das sind Grossprojekte, bei denen dann der Aufwand eher wieder sinken sollte. Von daher herrscht ganz klar die Meinung, dass diese Stelle nach 3 Jahren wieder gestrichen wird. Hans-Martin Plüss kommt nochmals auf das Stichwort „qualifiziert“ zurück. Im Bereich Hochbau und Liegenschaften steht in 5 Jahren eine Pensionierung an. Es wäre durchaus vorstellbar, dass man diese Person im Hinblick darauf einarbeiten könnte.

Der letzte noch zu erwähnende Punkt betrifft die Kosten. Sollte die Stelle gestrichen werden, so müsste auch das Ergebnis noch um CHF 13'000.– korrigiert werden. Es können nur dank dieser Stelle mehr interne Leistungen zu Lasten des Investitionsbudgets verrechnet werden. Eigentlich wäre es eine Sparmassnahme, diese Stelle einzusetzen. Zudem wird es extrem schwierig, wenn eine externe Person eingesetzt werden muss. Falls es sich bei dieser Person beispielsweise um einen Architekten mit eigenem Büro handelt, hat dieser natürlich noch eigene Projekte und steht nicht zu 100 % zur Verfügung. Somit müssen 3 oder mehr externe Fachleute je für eine Aufgabe angestellt werden, die evtl. zusammenarbeiten müssen. Durch den administrativen Aufwand, welcher damit einhergeht, verliert man mehr Zeit als Nutzen aus dieser Arbeit entsteht. Es ist ausserordentlich kompliziert und mühsam, einen solchen Betrieb zu führen. Zudem dürfte allen klar sein, dass externes Fachpersonal teurer ist als internes. Nach den Berechnungen von Hans-Martin Plüss kostet eine interne Fachkraft CHF 60.–/Stunde. Wenn nun ein Architekt HTL angestellt wird, so kostet dieser CHF 120.–/Stunde plus 8 % MWST. Er ist der Meinung, die MWST könnte man sich gewiss sparen. Daher bittet er den Einwohnerrat, den Antrag der FDP abzulehnen.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Position 0224.3010.00 bereinigt wird, indem der stadträtliche Antrag dem Antrag der FDP gegenübergestellt wird. Der obsiegende Antrag gelangt dann in die Schlussabstimmung.

Die unveränderte Beibehaltung der Position 0224.3010.00 gemäss Antrag des Stadtrates vereinigt 15 Stimmen.

Der Antrag FDP die auf 3 Jahre befristete Stellenerhöhung im Bereich Hochbau (Konto 0224.3010.00) erhält 16 Stimmen.



Damit hat der Antrag der FDP obsiegt. Gestützt darauf ist auch im Konto 0224.4310.00 Eigenleistungen für Investitionen Sachanlagen die entsprechende Reduktion vorzunehmen.

7.3 Zahlenteil, 3 Kultur, Sport und Freizeit, Freizeit, Konto 3420.3636.00 (Seite 92)

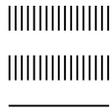
Hr. **Robert Weishaupt**, DYM/CVP, stellt einen Antrag, welcher das Konto 3420.3636.00 Beitrag an Freizeitanlage Spittelhof betrifft. Der Beitrag soll neu oder weiterhin CHF 150'000.- betragen. Was der Spittelhof vor allem für die Kinder macht, ist allen Anwesenden bekannt und es muss nicht nochmals erwähnt werden, um was für eine gute Institution es sich handelt. Der Spittelhof macht aus wenig viel. Nur ist es nicht möglich, dass diese Institution mit einem kleineren Beitrag noch immer gleichviel leisten kann. Das Angebot wird schrumpfen und nur noch rentierende Kurse werden weitergeführt und der Rest wird wegrationalisiert. Zudem erhält der Spittelhof auch von anderen Gemeinden nicht mehr dieselben Beiträge. Es geht nicht nur um die CHF 25'000.- von Zofingen, sondern es fehlen auch weitere Einnahmen. Er bittet darum, sich gut zu überlegen, ob der Spittelhof diesen Beitrag wert ist oder nicht. Für ihn ist es dies ganz klar wert. Er hofft deshalb, dass auch der restliche Rat sich anschliessen kann und den Antrag unterstützt.

Die Überlegungen zum Spittelhof können gemäss den Ausführungen von Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, in zwei Haupt-Themengruppen aufgeteilt werden. Die eine Gruppe lautet „Mittelverwendung“ und die andere kann mit „Zentrumslasten“ betitelt werden. Er bezieht sich zuerst auf die Hauptpunkte zum Thema Mittelverwendung. Der Einwohnerrat fordert vom Stadtrat regelmässig Auskunft, wofür welche Gelder gebraucht werden. Das ist ein Urprinzip unserer Demokratie und ist auch richtig so. Als nächstes steht die Frage im Raum, was mit den gesprochenen Mitteln erreicht wird – das ist ebenfalls legitim. Auch beim Thema Spittelhof müssen diese Fragen gestellt werden. Alle haben ein tolles Bild vom Spittelhof. Alle sehen im Geiste Kinder beim Kerzen ziehen. Die Aufgabe der Exekutive ist jedoch, zu hinterfragen was ganz konkret mit den Geldern gemacht wird. Es gibt beispielsweise auch viele Erwachsene, die Kurse im Spittelhof besuchen. Er nimmt deshalb Stellung in seiner Eigenschaft als Stellvertreter von Frau Vizeammann Annegret Dubach, die aus bekannten Gründen nicht aktiv sein konnte.

Zusammen mit Christian Glur von der Finanzverwaltung hat der Stadtammann das Gespräch mit den Verantwortlichen der Freizeitanlage Spittelhof gesucht. Er kommt später nochmals auf dieses sehr konstruktive Gespräch zurück. Zuerst nimmt er aber zum Thema Zentrumslasten Stellung. Er bittet den Rat, keinen Slalomkurs einzuschlagen. In diesem Gremium wurde diverse Male festgehalten, dass die Rolle als Zentrumsgemeinde wahrgenommen und entsprechende Leistungen angeboten werden sollen, diese aber entsprechend zu entschädigen seien. Das ist eine ganz klare Forderung des Einwohnerrats. Es wurden in der Vergangenheit kritische Fragen gestellt, beispielsweise wegen des Einstiegsangebots an Uerkheim für das Steueramt oder wegen des Angebots an Brittnau. Er bittet nun um die gleiche Konsequenz beim Spittelhof. Auch hier sollen kritische Fragen gestellt werden.

Konkret sieht es so aus, dass ein Drittel der Kursteilnehmenden Zofingerinnen und Zofinger sind; diese Zahlen wurden mit den Verantwortlichen des Spittelhofs verifiziert. Das führt dazu, dass bei einheimischen Kursteilnehmenden ein Deckungsgrad von 250 % erreicht wird. Bei den auswärtigen Kursabsolventen liegt der Deckungsgrad hingegen bei 0 bis 25 %. Er glaubt nicht, dass dies der Aufgabenstellung des Einwohnerrats entspricht.

Es lag zu keiner Zeit in der Absicht des Stadtrates, die wirklich gute Institution Spittelhof zu gefährden. Er strebt eine konstruktive Diskussion mit dem Verein Spittelhof an. Und man will sachlich



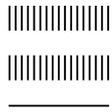
darüber diskutieren, ob es nicht angebracht wäre, mit abgestuften Tarifen oder mit anderen Mitteln zu operieren. In der Vergangenheit war man zusammen mit dem Spittelhof bereits daran, alle Gemeinden anzuschreiben – mittlerweile sogar zweimal, ob sie nicht bereit wären, die Beiträge zu erhöhen. Eine einzige Gemeinde hat darauf reagiert und den Beitrag um CHF 2'000.– heraufgesetzt. Alle anderen zeigten beide Male keine Reaktion, was sich als sehr frustrierend erweist. Das ist ein anderer Teil und betrifft nicht die tollen Leistungen, welche der Spittelhof erbringt. Dem Stadtrat ist sehr wichtig, dass diese beiden Teile klar unterschieden werden. Hans-Ruedi Hottiger ist sehr zuversichtlich, dem vom Einwohnerrat vorgegebenen Ziel näher zu kommen, nämlich die adäquate Abgeltung der Leistungen von Zofingen zu Gunsten der Aussengemeinden. Dafür spricht auch das gute Gespräch mit den Verantwortlichen des Spittelhofs, bei welchem man transparent informiert wurde.

Wenn man die Struktur der Spittelhof-Angebote analysiert, so zeichnen sich ganz klare gangbare Wege ab. Es gibt grosse Unterschiede bei den Deckungsbeiträgen der angebotenen Kurse. Ein Grossteil der Kurse ist nicht gefährdet, aber es gibt solche, bei denen zu überlegen ist, ob diese in der heutigen Zeit noch sinnvoll sind. Er wiederholt nochmals die konstruktive Zusammenarbeit mit dem Spittelhof und ergänzt, dass nicht zuletzt aufgrund dieser Gespräche der Stadtrat zum Schluss kam, dass die Kürzung von CHF 50'000.– auf einmal zu viel ist und er deshalb die Reduktion in Teilschritten vornimmt. Zu guter Letzt wünscht sich Hans-Ruedi Hottiger, dass man sein Engagement für den Spittelhof auch zeigt, indem man vielleicht eine ehrenamtliche Tätigkeit übernimmt. Er wiederholt, dass der Stadtrat in keiner Weise beabsichtigt, die tolle Institution Spittelhof zu zerstören oder in seinen Aktivitäten zu beschränken. Es geht darum, dass man den gesetzten Zielen etwas näher kommt.

Hr. **Marcel Thüler**, SP, stellt richtig, dass entgegen einer Information, welche das Zofinger Tagblatt dem Facebook entnommen hat, die SP-Fraktion den Änderungsantrag von Robert Weishaupt mit einem grossen ABER grossmehrheitlich unterstützen wird. Der Stadtmann hat im Grossen und Ganzen bereits alles gesagt, was in der SP-Fraktion diskutiert wurde. Heute findet nun die grosse, öffentliche Diskussion im Einwohnerrat statt und heute besteht die Chance, ein Signal auszusenden und einerseits den betreffenden Gemeinden und andererseits dem Verein einen Schuss vor den Bug zu setzen mit der klaren Botschaft, dass nochmals eine Unterstützung erfolgt, aber nächstes Jahr definitiv über die Bücher gegangen werden muss. Man will keinesfalls, dass Zofingen Kurse quer-subventioniert. Er spricht aus eigener Erfahrung, da er einen Kurs absolviert hat und sich anschliessend gefragt hat, über welche Kanäle er die anderen Kursteilnehmer unterstützt. Es geht von Steuergeldern bis hin zu Finanzausgleichsbeiträgen und das darf so nicht sein. Daher wird die SP-Fraktion den Antrag zwar grossmehrheitlich gutheissen aber mit dem Auftrag an den Stadtrat und vor allem an den Verein, dass nächstes Jahr Klarheit bestehen muss.

Hr. **Urs Plüss**, DYM/EVP, kann von sich behaupten, in Bezug auf Freiwilligen-Arbeit kein unbeschriebenes Blatt zu sein. Er ist seit rund 27 Jahren ehrenamtlich tätig. „Man muss ein Zeichen setzen“ hat man nun immer wieder gehört. Das wurde auch gemacht, denn man hat im neuen Kreisel 6 Hagebutten-Bäumlein gepflanzt und man wird in Zukunft Kindergruppen bilden und dort herumtanzen. Nach diesem Scherz hält Urs Plüss fest, dass es sich um ein schlechtes Zeichen handeln würde, sollte dieses hier gesetzt werden.

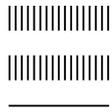
Er fragt sich, aus welchen Gründen man nun dieses Zeichen setzen will. Es sollen Kosten eingespart werden. Dafür hat er Verständnis, nur sollte man dann konsequenterweise die Einsparungen in allen Bereichen durchführen. In der Einleitung wurde von Hans-Ruedi Hottiger ausgeführt, dass für einige Massnahmen die Zeit nicht ausgereicht hat. Wahrscheinlich dort, wo es darauf ankommt. So werden weder Kosten beim Kinderfest noch beim Jugendtreff oder dem Stadtsaal gespart. Die Liste



könnte noch endlos weitergeführt werden. Die erwähnten Projekte befinden sich alle auf dem gleichen Level, sogar noch etwas höher als der Spittelhof, aber genau dort sollen die Kosten nun gespart werden. Es wird argumentiert, dass nur ein Drittel der Kursteilnehmenden aus Zofingen kommt, die anderen – Auswärtigen – müssten quersubventioniert werden. Man hat festgestellt, dass von den anderen Gemeinden nicht viel mehr Geld fließen wird. Nun können die Preise der Kurse erhöht werden, diese sind dann jedoch nicht mehr sozialverträglich. Aber wenn dieser Weg gegangen werden soll und die Auswärtigen mehr in die Pflicht genommen werden sollen, so muss auch dies konsequent, das heisst bei der Badi, bei der Bibliothek oder dem Jugendtreff usw., erfolgen. Das ist mit einem riesigen Aufwand verbunden und es kann nicht abgeschätzt werden, was für Folgen sich daraus ergeben. Es fragt sich, ob die auswärtigen Gemeinden noch immer kommen, wenn sie mehr bezahlen müssen oder ob die Zahlen auf ein so tiefes Niveau einbrechen, dass am Schluss nur noch die Zofinger da sind und eine Aufrechterhaltung mangels Besucherzahlen nicht mehr möglich sein wird. Soweit wurde offenbar nicht überlegt. Als weiteres Beispiel kann auch der Ausbau des SBB-Perrons im Betrag von CHF 2 Mio. herangezogen werden. Eigentlich handelt es sich dabei um eine Super-Sache, aber auch da ist zu sagen, es sind nicht nur Zofinger, welche am Bahnhof ankommen und abreisen; da hat es ebenfalls Auswärtige, denen nichts in Rechnung gestellt wird. Auch die Bahnunterführung von CHF 15 Mio., an welcher sich die Stadt mit CHF 7 Mio. beteiligen muss, wird nicht nur von Einheimischen benutzt. Vielleicht ist das der Beginn von Road-Pricing in Zofingen.

Es geht um CHF 25'000.– in diesem Budget; für Urs Plüss ist es wichtig, jetzt ein Zeichen zu setzen, um mit den CHF 150'000.– zu sagen, der Spittelhof mit seiner Freiwilligenarbeit kann und soll aufrecht erhalten werden. Wenn der Entscheid von CHF 125'000.– in diesem Budget bleibt, so geht es im nächsten Budget wahrscheinlich um CHF 100'000.– und dann um CHF 75'000.–. Und wenn Zofingen einmal so weit ist, bedeutet dies das definitive Ende des Spittelhofes. Darum richtet Urs Plüss nochmals den Appell an alle, ihrem Gewissen und Herzen einen Stoss zu geben und zu entscheiden, hier soll nicht gespart werden. Es geht nicht um die Öffnungszeiten eines Stadtmarketings, welches vielleicht am Mittwochmorgen mal geschlossen ist. In dem Fall kann man am Donnerstag wieder hingehen, ohne einen Verlust an Dienstleistungen zu erleiden. Aber wenn man nicht in den Spittelhof gehen kann, weil es den Kurs nicht mehr gibt, dann ist dies ein Verlust. Oder wenn der Kurs statt CHF 300.– neu CHF 450.– kostet, kann man sich diesen vielleicht nicht mehr leisten. Auch dann erleidet man einen Verlust. Bei einer Öffnungszeit oder wenn ein Kehrreimer einmal weniger geleert wird, ist dies eher nicht der Fall. Er bittet um Zustimmung zu seinem Antrag. Er bedauert, falls er der SP vor den Bug geschossen haben sollte, aber er wünscht sich, dass er mit seinen Worten aufrütteln konnte. Er erinnert zudem Maja Freiermuth an ihre Kinderfestrede. Urs Plüss hofft, dass es sich nicht nur um Worte gehandelt hat, sondern dass ihre Aussagen ernst gemeint waren. Nachdem innert kürzester Zeit 460 Personen mit ihrer Unterschrift ihre Zustimmung zum ungekürzten Beitrag gegeben haben, kann es politisch nicht mehrheitsfähig sein, die Reduktion vorzunehmen. Der Rat hat die Pflicht, den Stimmen auf der Strasse zuzuhören und diesen zu entsprechen.

Schlussendlich muss der Rat die Entscheidung fällen, aber es gibt noch einige Sachen zu berichten, die angesprochen wurden, ist Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadttammann, überzeugt. Das System wurde sowohl bei der Stadtbibliothek als auch bei der Badi eingeführt. Bei der Badi ist eine Beurteilung etwas schwieriger, da das Wetter eine grössere Rolle spielt als die Aufteilung auf Auswärtige oder Einheimische. Wie im Jahresbericht nachgelesen werden kann, steigen die Bibliothekszahlen permanent an, obwohl dieses System angewendet wird. Fairerweise muss gesagt werden, dass die Verantwortlichen des Spittelhofs Bedenken haben, die Besucherzahlen könnten rückläufig sein. Die gleichen Bedenken, die sich nicht bewahrheitet haben, hatten auch die Verantwortlichen der Bibliothek.



Zu der Argumentation betr. Unterführung muss gesagt werden, dass es gesetzliche Vorgaben gibt und ein parlamentarischer Vorstoss aus der Region existiert, den Hans-Ruedi Hottiger unterstützen würde. Dieser zielt darauf ab, solche Bauprojekte zu regionalisieren. Das wäre die einzig vernünftige Lösung. Es ist so, dass immer jemand einen Vorteil hat. Bei der Wiggertalstrasse beispielsweise kann Zofingen profitieren und andere müssen bezahlen und bei der Unterführung ist es umgekehrt. Er ist der Meinung, dass es sich um einen eher schlechten Vergleich gehandelt hat.

Der **Präsident** präzisiert nochmals, dass Konto 3420.3636.00 Beitrag an Freizeitanlage Spittelhof bereinigt wird.

In der Abstimmung obsiegt der Antrag Stadtrat/FGPK, der eine Reduktion des Beitrages um CHF 25'000.– (und nicht um CHF 50'000.– wie im Budgetentwurf eingestellt) verlangt, gegenüber dem Antrag von Urs Plüss, DYM/EVP, und Robert Weishaupt, DYM/CVP, der einen Beitrag in der bisherigen Höhe von CHF 150'000.– verlangt, mit 19:15 Stimmen.

7.3 Zahlenteil, 5 Soziale Sicherheit, Jugendschutz, Konto 5440.3636.00 (Seite 103)

Hr. **Urs Plüss**, DYM/EVP, beantragt, den Beitrag an Projekte Jugendtreff/Offene Jugendarbeit um CHF 5'000.– zu reduzieren und diesen wieder auf CHF 25'000.– festzusetzen wie im Vorjahr.

Fr. **Annegret Dubach**, Vizeammann, kann die Intervention nachvollziehen. Sie möchte aber nochmals daran erinnern, dass vorgängig danach gefragt wurde, wie es mit OX. Kultur im Ochsen weitergehe. Die Stadt wird ein wichtiger Sparringspartner, wenn sich alles so entwickelt wie von der Arbeitsgruppe erhofft. Die Projektgelder sind so berechnet, dass weiterhin die Projekte im offenen Treff weitergeführt werden können und für die jungen Menschen etwas gemacht werden kann. Es soll aber auch ein Handlungsspielraum bestehen, wenn in Zusammenarbeit mit OX ein Konzertlokal geschaffen werden kann. Diese Gelder sind so berechnet, dass diese in Projekte, an denen die offene Jugendarbeit beteiligt ist, einfließen könnten. Sie begreift auch den ernsten Ausdruck von Urs Plüss, da er als Nachbar die Emissionen mitbekommt. Das Datum für die Information der Nachbarn steht zwar schon fest, aber zuerst ist noch die Vorsprache beim Stadtrat notwendig. Sie wäre sehr dankbar, wenn der Beitrag nicht um CHF 5'000.– gekürzt würde, damit weiterhin gute Arbeit in der offenen Jugendarbeit möglich ist.

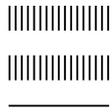
Der **Vorsitzende** lässt über den Antrag von Urs Plüss, DYM/EVP, betr. Konto 5440.3636.00 abstimmen:

Der Antrag von Urs Plüss, DYM/EVP wird mit 20:14 Stimmen gutgeheissen und obsiegt damit über den stadträtlichen Antrag.

7.3 Zahlenteil, 8 Volkswirtschaft, Tourismus, Stadtbüro, Konto 8400.3130.01 (Seite 119)

Auf Seite 119 findet sich unter Funktion 8400 das Konto 3130.01. Hr. **Urs Plüss**, DYM/EVP, stellt den Antrag, dass auf den Posten Weihnachtsbeleuchtung zu verzichten ist. Er sieht nicht ein, aus welchem Grund die Stadt eine Aufgabe des Gewerbevereins übernehmen und dafür CHF 20'000.– ausgeben soll.

Fr. **Käthi Hagmann**, Stadträtin, erläutert, was in den CHF 20'000.– enthalten ist. Das ist allein der Betrag für die Lämpchen der Weihnachtsbeleuchtung. Der Gewerbeverein hat anfangs Jahr mitge-



teilt, dass diese Aufgabe von der Stadt übernommen werden soll. Wie bekannt ist, sind die herkömmlichen Glühbirnen nicht mehr erhältlich und müssen durch LED-Lampen ersetzt werden. Bei der Budgetierung im Mai stand noch nicht fest, wer neu für die Weihnachtsbeleuchtung zuständig ist, daher wurde auch kein weiterer Betrag eingestellt. Wenn die Weihnachtsbeleuchtung in der bisherigen Form weiterbestehen soll, muss auch das nötige Material angeschafft werden. Diese CHF 20'000.- umfassen lediglich die 1. Tranche. Es wird später noch eine weitere Tranche folgen.

Ergänzend fügt Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtkammann, hinzu, dass Zofingen praktisch die einzige Gemeinde ist, in welcher die Weihnachtsbeleuchtung nicht von der öffentlichen Hand bezahlt wird. Das war während Jahren eine schöne Geste, aber aus Fairness soll die Stadt wenigstens die Organisation und einen Teil der Kosten übernehmen. Im Gegenzug erwartet man von den Gewerbetreibenden Solidarität, damit die schöne Altstadt mit einer möglichst lückenlosen Weihnachtsbeleuchtung präsentiert werden kann. Dieses finanzielle Engagement sollen die Gewerbetreibenden weiterhin tragen. Aber es scheint richtig, dass die Stadt die Organisation und den sich daraus ergebenden finanziellen Aufwand übernimmt.

Der **Präsident** bereinigt das Konto 8400.3130.01 Weihnachtsbeleuchtung und lässt über den Antrag von Urs Plüss, DYM/EVP abstimmen.

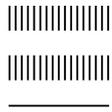
Der stadträtliche Antrag obsiegt mit 18:12 Stimmen über den Antrag von Urs Plüss, DYM/EVP.

Investitionsrechnung, 3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche, Konto 3291.5040.00 Stadtsaal (Seite 150)

Hr. **Marco Arni**, DYM/glp, hält fest, dass auf Seite 150 über einen Budgetkredit Projektierung Erneuerung Infrastruktur Stadtsaal zu befinden ist. Wer den Investitionsplan konsultiert, stellt fest, dass sich die Kosten in den Jahren 2015 und 2016 auf insgesamt CHF 1,4 Mio. belaufen. Bevor die Katze im Sack gekauft werden soll oder ein neues Vogel friss- oder stirb-Projekt entsteht, verlangt er einige Informationen dazu. Einerseits stellt sich die Frage, was dieser Kredit genau umfasst; in den Erläuterungen finden sich nur einige wenige Stichworte. Andererseits sind genauere Angaben zum Zeitplan zu machen und als letztes fragt sich Marco Arni, wie der Einwohnerrat noch Einfluss auf dieses Projekt nehmen kann.

„Wir sind nicht mehr ganz dicht“ umschreibt Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtkammann, das Problem. Da sich sehr diffizile Anlagen im Stadtsaal befinden, müssen diese geschützt werden. Die notwendigen Abklärungen befinden sich noch im Anfangsstadium. Es hat sich um eine sehr böse und ungeplante Überraschung gehandelt. Aber das installierte Lüftungssystem ist sehr heikel und es muss davon ausgegangen werden, dass vor allem bauliche Sicherungsmassnahmen zu ergreifen sind. Im Moment scheint es sich um einen Notfall zu handeln und Hans-Ruedi Hottiger hofft, dass die personellen Kapazitäten für eine rechtzeitige Behebung vorhanden sind, so dass keine grösseren Schäden entstehen. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, dass es sich nicht um einen Schaden handelt, der einen Riesenkredit nach sich zieht. Aber momentan sieht die Lage nicht gut aus. Sollten noch mehr technische Hintergrundinformationen gewünscht werden, so müsste Emanuele Soldati, Leiter Hochbau und Liegenschaften, beigezogen werden.

Leider ist es so, dass nicht nur in diesem Objekt solche Überraschungen auftauchen, sondern in nächster Zeit muss vermehrt mit solchen Vorfällen gerechnet werden. Im BZZ gab es bereits 2 Vorfälle, für die ein Nachtragskredit bewilligt werden musste. In konkreten Fall des Stadtsaals wird ein Voranschlagskredit beantragt. Es muss mehr und mehr mit solchen Immobilien-Schäden gerechnet



werden, weil man mit dem Werterhalt der Liegenschaften im Rückstand ist. Aus diesem Grund kann auch keine Angabe zum Zeitplan gemacht werden und Prognosen, wann man hier rein kommt, sind nicht möglich. Er erhofft sich, dass dies gar nicht nötig sein wird. Nicht, weil dem Einwohnerrat etwas vorenthalten werden soll, sondern es würde bedeuten, dass die Kosten nicht so hoch wären.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen, lässt der **Ratspräsident** über die Anträge des Stadtrates abstimmen:

1. In Abänderung der Beschlüsse des Einwohnerrates vom 12. März 2001 betreffend Einlage des Überschusses aus den Parkierungsgebühren in den Spezialfonds Parkplätze und vom 25. Oktober 2004 betreffend Limitierung der Einlage auf CHF 200'000.– pro Jahr ab dem Jahr 2005 sei der Sistierung der Einlage in den Parkgebührenfonds im Jahr 2014 zuzustimmen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 35:0 Stimmen zugestimmt.

2. In Abänderung des Beschlusses des Einwohnerrates vom 15. September 2008 betreffend Einlage des hälftigen Überschusses aus dem in die Rechnung der Einwohnergemeinde überführten Altstadt-/Bahnhofparkings sei der Sistierung der Einlage in den Parkgebührenfonds im Jahr 2014 zuzustimmen.

Der stadträtliche Antrag wird mit 35:0 Stimmen genehmigt.

3. Das Reglement über die Gewährung von Stipendien und Darlehen der Einwohnergemeinde zur Förderung der beruflichen Ausbildung vom 16. Dezember 1960 (teilrevidiert: 10. September 1990) sei auf den 31. Dezember 2013 ersatzlos aufzuheben.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 30:4 Stimmen zugestimmt.

4. Das Budget 2014 der Erfolgsrechnung mit einem Steuerfuss von 102 % und das Investitionsbudget 2014 der Einwohnergemeinde seien zu genehmigen.

Der stadträtliche Antrag wird mit 26:6 Stimmen genehmigt.

5. Von den Investitions- und Finanzplänen 2014 – 2023 sei Kenntnis zu nehmen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 33:1 Stimmen zugestimmt.

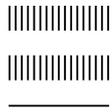
Sitzungspause

Art. 156

GK 174

Ermächtigung an den Stadtrat zum Verkauf der Parzelle 425 Falkeisenmatte

Auch zu diesem Geschäft gibt Hr. **Marcel Murri**, Referent und Präsident der FGPK, ein kurzes Intro unter dem Motto „Sicherer Weg oder Spekulation?“ ab. Wobei Spekulation in diesem speziellen Fall nicht negativ gemeint ist, sondern im wahrsten Sinne des Wortes. Vorneweg hält er fest, dass die



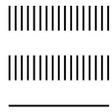
FGPK über dieses Geschäft sehr knapp abgestimmt hat. Man war mit 3:2 Stimmen und 1 Enthaltung – und den erwähnten 3 Absenzen – nach einer intensiven Diskussion für dieses Geschäft. Das Geschäft wurde in 2 Halbzeiten besprochen, da man die Budgetdiskussion dazwischen geschoben hat. Es war keine lustige, sondern eine – wie immer – sehr seriöse und sachliche Diskussion. An und für sich handelt es sich um eine gut ausgearbeitete Vorlage. Sie ist weitgehend selbstredend, so dass es zu keinen Verständnisfragen kam. Aber man kann politisch oder geschäftsmässig in guten Treuen verschiedener Meinung sein. Das war auch in der FGPK so. Die Mitglieder waren sich nicht einig, ob der vom Stadtrat aufgezeichnete sichere Weg gegangen werden soll mit einem Realisierungshorizont oder ob ein noch nicht ausgearbeiteter Weg beschritten werden soll, welcher vielleicht unter dem Strich eine höhere Rendite verspricht.

Marcel Murri greift 4 der in der FGPK diskutierten Punkte auf. 1. Um welche Art von Überbauung handelt es sich, d.h. wer ist das Zielpublikum? 2. Welche Rolle spielt die Stadt – nur Verkäufer oder auch Investor? 3. Wie sieht die Rolle des Investors aus? 4. Welche Sicherheiten gibt es, wenn das geplante Projekt realisiert wird? Er versucht, die Punkte kurz zusammenzufassen, da die weiteren Ausführungen nachgelesen werden können. Es steht inzwischen wohl klar fest, dass eine finanzkräftigere Kundschaft avisiert werden soll. Man stellte die Frage, ob dies familienfreundlich sei oder ob man gar keine Familien wolle. Es liegt in der Natur der Sache, dass man keine zu 100 % konkreten Antworten geben kann, welches Zielpublikum angesprochen werden soll, eine entsprechende Steuerung ist nur bedingt möglich. Sicherlich spielt letztlich der Preis der Wohnungen eine Rolle. Familien sind bestimmt nicht unerwünscht. Es fragt sich, kann oder will man sich eine solche Wohnung als Familie leisten. Die Lage ist sehr gut und verspricht aus steuertechnischer Sicht eine interessante Kundschaft. Zudem konnte man sich überzeugen, dass in der Stadt bereits ein ansehnliches Angebot für ein mittleres Einkommenssegment besteht. Soweit konnte auch die knappe Mehrheit der FGPK überzeugt werden.

Das zentrale Thema ist momentan wohl die Rolle der Stadt in diesem Projekt. Ist das Land einfach „plump“ von der Stadt zu verkaufen oder soll Zofingen selber Investor sein. Dazu gibt es Beispiele. Er selber kennt die Stadt Aarau gut. Sie, insbesondere die Ortsbürgergemeinde, hat grosse Erfahrung wie man gescheit investieren kann. Er stellt fest, dass in Zofingen eine solche Kultur nicht so ausgeprägt vorhanden ist. Auch in diesem Punkt hat der Stadtrat – unterstützt von Emanuele Soldati – Überzeugungsarbeit geleistet und ein Teil der FGPK konnte sich der Ansicht anschliessen, dass es im Augenblick nicht sehr sinnvoll ist über das Baurecht zu diskutieren. Die Renditen sind zu klein und es ist nicht so vorteilhaft, selber längerfristig als Investor aufzutreten. Im Übrigen findet sich das Projekt bereits seit längerem im Finanzplan und die Finanzplanung stützt sich unter anderem auf diesen Landverkauf. Das wurde in der Kommission nicht so kommuniziert, muss aber im Zusammenhang mit der Budgetierung so festgestellt werden.

Die Rolle des Investors stellt sich ebenfalls glasklar dar. Dieses Geschäft in dieser Art kann nur mit diesem Investor abgewickelt werden, da er Nachbar ist. Alle Wege führen über ihn und er befindet sich in einer starken Position. Das Geschäft kann in dieser Form nur abgeschlossen werden, wenn der Investor mitmacht. Von daher ist seine Rolle klar.

Umgekehrt stellt sich nun natürlich die Frage, welche Sicherheiten bestehen, damit das geplante Projekt so realisiert wird, wie sich die Stadt dies vorstellt. Einerseits liegt die Motivation des Investors in der Wirtschaftlichkeit und andererseits hat man als Handhabe zum einen den Vertrag mit dem Investor und zum anderen die Baubewilligung. Darüber befindet im Rahmen des öffentlichen Rechts der Stadtrat. Natürlich können keine willkürlichen Verfügungen in die Baubewilligung integriert werden.



Marcel Murri stellt fest, dass der Grundsatzentscheid zu fällen ist, ob dieses Geschäft heute über die Bühne gebracht oder das bestehende Projekt abgebrochen werden soll. Er ist der Ansicht, dass die Ausarbeitung eines neuen spruchreifen Projektes ungefähr 5 Jahre dauern wird, da es eine neue Planung und eine komplett neue Erschliessung braucht. In diesem Zeitraum wird nichts anderes passieren, ausser dass neu geplant wird. Ausserdem müsste man auch Geld in die Finger nehmen, um diese Planung vorzunehmen. Er wiederholt, dass das Resultat in der FGPK knapp war. Es sprachen sich 3 Mitglieder dafür, 2 dagegen aus und ein Mitglied enthielt sich der Stimme.

Er erlaubt sich nach seinen abschliessenden Worten zum Geschäft, nochmals das Wort an seine FGPK zu richten und sich ganz herzlich für die tolle Zusammenarbeit in den letzten Jahren zu bedanken. Er hat die Kommission als Team wahrgenommen, welches politisch sehr ausgeglichen zusammengesetzt war. Die Parteipolitik hat zwar mitgeschwungen aber letztlich nie dominiert. Die Sachgeschäfte wurden fair diskutiert und man hat versucht, die Arbeit bestmöglich zu erledigen. Dafür spricht er ein grosses Dankeschön aus.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet der **Vorsitzende** die Eintretensdebatte.

Hr. **Urs Bürkli**, FDP, teilt mit, dass die FDP-Fraktion den Antrag aus folgenden Gründen annehmen wird: Ein Vorteil aus dem Verkauf des Areals ist die verdichtete Bauweise, die dort erfolgen kann. Das entspricht den Vorgaben, die in der Bau- und Nutzungsordnung festgelegt wurden. Es handelt sich um ein verkehrstechnisch gut erschlossenes Grundstück in Bahnhofsnähe, welches mit hochwertigem Wohnraum überbaut werden soll. Dadurch kann das Steuersubstrat optimiert werden, da man annehmen darf, dass in solche Wohnungen eher besser verdienende Personen einziehen werden. Es wurde in der Fraktion auch diskutiert, ob das Land im Baurecht abgegeben werden soll. Aufgrund seiner Erkundigungen bei anderen Gemeinden hat Urs Bürkli festgestellt, dass vor allem im sozialen Wohnungsbau die Abgabe im Baurecht erfolgt. Er könnte sich auch vorstellen, dass ein Investor vergrault werden könnte, wenn man ihm solche Auflagen macht und das Geschäft nicht 1:1 abschliesst. Er ist der Meinung, dass es sich hier nicht um einen Fall handelt, wo man einen Fuss in der Türe lassen und sich ein Mitspracherecht ausbedingen kann. Die FDP kam daher zum Schluss, dass die Chancen viel grösser sind als die Risiken. Man ist auch der Ansicht, dass das Investoren-Ehepaar Zäch ein ureigenes Interesse daran hat, eine gute Sache abzuliefern, da diese neue Überbauung in ihrer Nachbarschaft sein wird und sie diese Gebäude tagtäglich anschauen müssen. Daher glaubt man an einen guten Abschluss. Aus diesen Gründen wird die Fraktion dem Geschäft grossmehrheitlich zustimmen.

Im Gegensatz zur FDP sind die Meinungen in der SP-Fraktion ziemlich geteilt, hält Fr. **Liliane Hofer**, SP, fest. Die Einen haben in der Vorlage die Chance gesehen, ein sehr ökologisches Projekt zu realisieren, welches zu einer positiven Stadtentwicklung beiträgt. Zudem soll der schützenswerte Teil des Parks der Parzelle 1679 einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Auch hat sich der Stadtrat ein gewichtiges Mitspracherecht ausbedungen und nicht zuletzt können zusätzliche Steuererträge generiert werden. Die Anderen stehen dem Geschäft eher ablehnend gegenüber, da nur eine einzige Variante zur Diskussion steht. Eine Alternative besteht nicht. Es gibt wenig kreative Ansätze in der Vorlage. Die SP denkt diesbezüglich an ein Baurecht, eine Baugenossenschaft oder weitere Varianten. Der Name „Dr. Zäch“ ist nicht bei allen in positiver Erinnerung. Der Verkauf der Falkeisenmatte ist seit einigen Jahren im Finanzplan enthalten. Der Erlös soll dazu beitragen, die Eigenfinanzierung der anstehenden enormen Investitionen der nächsten Jahre - Stichworte: Pflegeheim Brunnenhof und neues Quartierschulhaus - zu steigern. So kann die Erhöhung des Steuerfusses um ca. 1 bis 2 Jahre hinausgezögert werden. Trotz allem hätte der ablehnende Flügel der SP einer nachhaltigeren Lösung gerne den Vorzug gegeben. Eine solche Lösung würde jedoch Res-

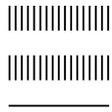
ourcen bedingen, die zurzeit weder der Stadtverwaltung noch der Einwohnergemeinde zur Verfügung stehen. Solange ihnen diese Ressourcen nicht zugestanden, sondern – wie heute Abend – noch gekürzt werden, muss man lernen, mit solchen Lösungen zu leben.

Auch die SVP hat dieses Traktandum eingehend beraten, teilt Hr. **Michael Müller**, SVP, mit. Vor allem diskutiert wurde der Aspekt Verkauf versus Baurecht. Es wurden zwar alle Gründe dafür und dagegen bereits erwähnt, er hat jedoch noch einige ergänzende Gedanken dazu, welche die SVP-Fraktion dazu bewogen hat, dem stadträtlichen Antrag die Zustimmung auszusprechen. Was das Baurecht betrifft, so gibt es verschiedene Möglichkeiten, wenn die Baurechtsdauer abgelaufen ist. Sehr häufig fällt das Land nach Ablauf an den Grundeigentümer zurück und dieser muss dann schauen, was er damit macht. Diese Möglichkeit birgt grosse Risiken, da der Investor sicherlich nicht bereit sein wird, in den letzten 20 Jahren noch grosse Investitionen zu tätigen, so dass man wohl eher eine Bauruine als ein Bijoux zurückerhalten wird. Zum anderen kann es sein, dass sich der Grundeigentümer bei einem Rückfall auch mit dem Thema Altlasten auseinandersetzen müssen. Demgegenüber steht die lange Dauer der Baurechtszins-Einnahmen. Dieser wird in vielen Fällen aber einmalig und zu Beginn festgesetzt.

Auf der anderen Seite steht der Landverkauf. Man kann den verschiedenen Medien der UBS AG, der CS AG und anderen Immobilien-Koryphäen entnehmen, dass der Schweizer Immobilienmarkt wahrscheinlich den Zenit erreicht hat. Das Grundstück liegt in der Nähe der Falkeisenmatte und er hat ebenfalls eine Wert- und Entwicklungsanalyse erstellen lassen. Daher kann er bestätigen, dass der aufgeführte Preis mehr als nur fair ist. Es handelt sich um einen guten Deal und eine gute Chance für Zofingen. Ein nachhaltiger Effekt wird sein, dass neues Steuersubstrat generiert werden kann. Zudem wird es auch im Interesse der Besitzer liegen, die Gebäulichkeiten nachhaltig in einem guten Zustand zu erhalten, da die Nutzungsdauer nicht begrenzt ist. Er hat in seiner Vergangenheit als Finanzdirektor von Private Equity-Firmen auch im Immobilienbereich gearbeitet und diese haben als Profi-Investoren in keinem einzigen Fall im Baurecht gebaut. Aufgrund dieser Gesichtspunkte wird die SVP dem Antrag des Stadtrates zustimmen.

Hr. **Robert Weishaupt**, DYM/CVP, argumentiert, dass es sich aus Sicht der DYM bei der Falkeisenmatte um eine der letzten grösseren Baulandreserven handelt und daher für die Stadtentwicklung eine sehr grosse Bedeutung hat. Dementsprechend sollte man zu solchen Grundstücken Sorge tragen. Wenn man die strategische Bedeutung und Entwicklung der Stadt und des Grundstücks anschaut, so sollte man nicht nur Sorge dazu tragen, sondern auch weiter vorausblicken. Damit für kommende Generationen vorausgeschaut werden kann, ist es wichtig, dass die Stadt auch weiterhin Handlungsspielraum hat. Eine kurzsichtige Denkweise ist keinesfalls angebracht. Darum soll das Land nicht verkauft werden, zumal der Preis eher zu günstig ausgefallen ist. Es wird nachdrücklich für eine Abgabe des Grundstücks im Baurecht plädiert. Das ist sowohl strategisch als auch finanzpolitisch vorteilhaft. Dadurch könnte über Jahre ein angemessener Baurechtszins erzielt werden, welcher übrigens indexiert wäre. Mit einem zeitgemässen Baurechtsvertrag könnten die Bedürfnisse von Baurechtgeber und Baurechtnehmer berücksichtigt werden. Zofingen wäre nicht die einzige Gemeinde, welche ihr Land im Baurecht abgeben würde.

Die Falkeisenmatte bietet aufgrund ihrer Lage und Grösse eine ideale Gelegenheit, um städtebauliche Akzente zu setzen. Sie bietet Entwicklungsmöglichkeiten, die es in dieser Art in Zofingen nicht mehr so schnell geben wird. Es ist zu bedenken, dass der Gemeinde nicht mehr soviel Land zur Verfügung steht, welches verkauft werden könnte. Das ist ein weiterer Grund für die Landvergabe im Baurecht. Alle kennen die Zofinger Ortsbürgergemeinde, welche aufgrund von fehlenden Geldern begonnen hat, ihre Ländereien zu verkaufen. Heute hat die Ortsbürgergemeinde weder Geld noch

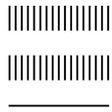


Land. Es soll der Einwohnergemeinde nicht passieren, dass sie die besten Pferde im Stall verkauft und schlussendlich mit leeren Händen dasteht. Das Geld würde nur dazu verwendet werden, Löcher in der Rechnung zu stopfen und das Budget zu beschönigen. Aber es könnten keine nachhaltigen Investitionen getätigt werden. Daher ist die Fraktion DYM der festen Meinung, dass die Abgabe im Baurecht einem Verkauf vorzuziehen ist. Dies nicht nur aus den vorher genannten Gründen, sondern auch weil ein Verkauf nur einen kurzfristigen Gewinn generiert, währenddem die Stadt bei der Baurechtsvariante auch langfristig von einer Wertsteigerung des Landes profitieren kann. Er wiederholt nochmals ausdrücklich den Teil mit der langfristigen Wertsteigerung des Landes. Nach der Meinung von Robert Weishaupt ist stark anzunehmen, dass der Landpreis in den nächsten Jahren und Jahrzehnten noch steigen wird. Mit dem heutigen Verkauf entgehen der Stadtkasse und dem Steuerzahler diese Gewinne. Dabei soll doch gut auf das Geld aufgepasst werden, so wird es in diesem Gremium immer wieder festgehalten. Die Abgabe im Baurecht ermöglicht es zudem, dass die Entwicklung in diesem Gebiet im Interesse der Stadt erfolgt. Bei einem Verkauf ist die Kontrolle bezüglich baulicher Qualität nur über das Instrument der Bau- und Nutzungsordnung möglich. Was erschwerend dazukommt, ist die Tatsache, dass der Rat immer wieder unter Druck gesetzt wird unter dem Motto „Vogel friss oder stirb“. In diesem Fall heisst das konkret, entweder die Vorlage wird angenommen oder der Käufer springt ab und das ganze Projekt stirbt. Robert Weishaupt hofft, dass die ins Feld geworfenen Argumente schwerer wiegen als der kurzfristige Gewinn. Er bittet darum, sich nicht vom Gold blenden zu lassen und stattdessen den Antrag der Fraktion DYM gutzuheissen. Es handelt sich um einen Rückweisungsantrag. Der Stadtrat soll eine neue Vorlage für die Abgabe des Landes im Baurecht ausarbeiten und vorlegen. Die Fraktion und er persönlich hoffen, genügend Überzeugungsarbeit geleistet zu haben, so dass dem Rückweisungsantrag zugestimmt wird.

Der **Ratspräsident** eröffnet die Diskussion über den Rückweisungsantrag.

Hr. **Michael Wacker**, SP, hat in der FGPK diesem Geschäft nicht zugestimmt. Er kann ihm auch heute nicht zustimmen, daher bittet er um Unterstützung des Rückweisungsantrags von Robert Weishaupt. Er ist nicht ganz glücklich mit der Argumentation von Seiten des Stadtrates, dass die Renditen im Bereich des Baurechts in Zukunft nicht hoch sein werden. Deshalb legt er einige Zahlen vor. Die Christoph-Merian-Stiftung, Basel, weist eine Bilanzsumme von CHF 300 Mio. aus, davon betragen die Baurechts- und Pächterträge pro Jahr CHF 20,9 Mio. Noch interessanter in diesem Bereich ist allerdings der Kanton Basel-Stadt, welcher sehr viele Grundstücke im Baurecht vergeben hat. Das Gesamtportfolio an Immobilien umfasst CHF 1,57 Mia. Davon umfassen die Grünflächen CHF 79 Mio., die Liegenschaften CHF 830 Mio. und die Baurechte CHF 666.9 Mio. (Stand per 31.12.2012). Pro Jahr betragen die Einnahmen aus Baurechtszinsen CHF 37 Mio. Daraus resultiert eine Netto-Cashflow-Rendite von 5,8 %. Davon abgezogen wird die Wertänderungsrendite, was schlussendlich eine Nettorendite von 5,3 % ergibt. Setzt man für die 10'000 m² in Zofingen CHF 500.- ein, so ergäbe sich – je nach Definition dieses Baurechts; man kann dieses z.B. indexieren oder es wird vereinbart, dass Neubewertungen erfolgen usw. – bei 5 % ein jährlicher Ertrag von CHF 250'000.-. Dieser Betrag könnte für die nächsten 50 Jahre 1 Steuerprozent sichern.

Hr. **Jakob Lang**, FDP, wollte sich eigentlich nicht dazu äussern. Aber nun erachtet er es als notwendig, sich nochmals mitzuteilen. Man kann Basel und Zofingen nicht miteinander vergleichen. Die Landpreise in Basel, insbesondere in Basel-Stadt, befinden sich auf einem völlig anderen Niveau. Zudem handelt es sich bei einem guten Teil dieser Baurechte um sozialen Wohnungsbau. Dahinter steht eine andere Idee, nämlich der Verzicht des Landeigentümers auf eine Rendite, um diese Nutzung – Wohnen zu einem tieferen Preis – zu ermöglichen. Es steht der soziale Gedanke im Vordergrund. In Zofingen stand nie zur Debatte, dass man selber sozialen Wohnungsbau betreiben oder durch Dritte betreiben lassen möchte. Der Stadtrat hat dies immer klar und offen deklariert. Es wur-



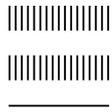
de auch verlangt, dass hochwertiger Wohnraum geschaffen werden soll, weil dadurch Steuersubstrat generiert werden kann. Auch stört ihn die Argumentation „Vogel friss oder stirb“. Der Einwohnerrat ist nicht da zum regieren, sondern er entscheidet über Vorlagen. Der Rat ersetzt ja eigentlich die Gemeindeversammlung. An diesen wird über Sachvorlagen, welche vom Gemeinde- resp. Stadtrat erstellt und vorgelegt werden, diskutiert und diese entweder genehmigt oder abgelehnt. Auf der kantonalen Ebene läuft es etwas anders. Dort wird in den Gesetzgebungsprozess eingegriffen, aber hier befindet man sich auf einem anderen Niveau, was bedeutet, dass man oft einfach Ja oder Nein sagen muss. Einfluss nehmen kann man über die FGPK beim Budget. Er bedankt sich an dieser Stelle bei Marcel Murri für den wertvollen Hinweis zu diesem Punkt. Weiter hat man Einflussmöglichkeiten über informelle Diskussionen, bei welchen der Stadtrat nach seiner Einschätzung doch immer mal wieder zugänglich ist.

Hr. **André Kirchhofer**, FDP, ruft dazu auf, den Rückweisungsantrag nicht anzunehmen. Aus seiner Sicht handelt es sich auch um eine Frage der Glaubwürdigkeit. Der Stadtrat wurde mehrfach aufgefordert, aktiv zu werden und einerseits zu sparen, aber andererseits auch neue Steuererträge zu generieren. Bei anderer Gelegenheit wurde ihm diese Chance bereits genommen, dazu das Stichwort „Amslergut“ oder die Fusion, die leider nicht zustande gekommen ist. Man sieht, viele Möglichkeiten, neue Steuereinnahmen zu verwirklichen, sind nicht mehr vorhanden. Nun liegt ein Projekt vor mit der Chance, etwas zu bewirken. Dieses soll nun zurückgewiesen werden, weil es angeblich das falsche Verfahren beinhaltet. Man kann seiner Meinung nach nicht immer zum Sparen aufrufen und Innovationen verlangen und dann alles abwürgen. Hier besteht eine Chance, daher muss diesem Projekt zugestimmt werden, damit neue Steuererträge generiert werden können.

Es meldet sich nochmals Hr. **Robert Weishaupt**, DYM/CVP, zu Wort. Es soll weder verboten werden, dass dort steuerkräftige Personen einziehen noch soll ein sozialer Wohnungsbau betrieben werden. Auch darf der Investor profitieren und eine Rendite erzielen. Es werden im Gegenteil Baurechtszinsen und Steuereinnahmen generiert. Die Stadt profitiert dadurch doppelt und erhält nicht nur einmalig einen grossen Batzen und danach lediglich noch Steuereinnahmen.

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadttammann, ist sich nicht schlüssig, ob nicht bereits eine inhaltliche Debatte geführt wird. Er wird sich strikte an das halten, was vorgängig gesagt wurde. Das Geschäft soll zurückgewiesen werden, weil die Landvergabe im Baurecht erfolgen soll und weil es sich um ein „Vogel friss- oder stirb-Projekt“ handelt. Vom ersten Vorwurf distanziert er sich ganz klar. Man hat sich klar geäußert, dass dies ein möglicher Weg ist, von dem man aber überzeugt ist, dass es sich um den besten Weg handelt. Es wurde ebenfalls dargelegt, dass es einen anderen Weg gibt, mit welchem aber gewisse Ziele, die sich der Stadtrat gesetzt hat, nicht erreicht werden können. Zum einen müsste das Erschliessungsproblem gelöst werden und zum anderen wäre zu prüfen, wie man zu der angestrebten Qualität kommen könnte. Ausserdem wäre zu überlegen, ob mit der dann zur Verfügung stehenden kleineren Fläche überhaupt eine solche Qualität erreicht werden könnte.

Das Ziel des Stadtrates besteht nicht in der Landvergabe im Baurecht. Zofingen ist keine Anlagestiftung, sondern es muss das Ziel sein, ökologisch gute Bauten in Ressourcen schonender Architektur zu erstellen. Das kann erreicht werden, wenn die Stadt das Land mit klaren Vorgaben verkauft. Natürlich hat Zofingen auch Land im Baurecht abgegeben, aber es zeigt sich, dass daraus mehr Ärger als Nutzen entsteht. Beim Bärenhof wird seit mehr als 1 Jahr um die Anpassung des Baurechtszinses gekämpft, denn dort ist man weit entfernt von den 5,8 %, die früher erwähnt wurden. Ausserdem ist der Aufwand für die Bewirtschaftung der Baurechte enorm. Zudem möchte man die Wohnungen im Stockwerkeigentum abgeben. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, müsste man dann mit jeder Partei einen Baurechtsvertrag abschliessen oder wer wäre dann eigentlich der Baurechtsneh-



mer? Weiter gilt zu überlegen, was bei einem Heimfall passiert. Müssen die Wohnungen dannzumal übernommen werden? Das will man aber nicht, schliesslich fungiert die Stadt nicht als Immobilienhändler. Man darf auch keine Vergleiche zu der Ortsbürgergemeinde Aarau ziehen, da die Ausgangslage dort völlig anders ist, als hier in Zofingen. Dort ist das Thema wo und wie das vorhandene Geld anzulegen ist.

Hans-Ruedi Hottiger wiederholt nochmals, dass dieser Vorschlag aus Sicht des Stadtrates am idealsten zur Erreichung der gesetzten Ziele ist. Wenn dieser keine Zustimmung findet, so muss ein anderer Weg gesucht und gegangen werden. Das wird sich allerdings als etwas problematisch erweisen, da in dem Fall der Studienwettbewerb selber durchgeführt werden müsste, was mit bedeutenden Mehrkosten verbunden wäre.

Der **Vorsitzende** lässt über den Rückweisungsantrag von Robert Weishaupt, DYM/CVP abstimmen:

Der Rückweisungsantrag wird mit 21:11 Stimmen abgelehnt.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet der Vorsitzende die Detailberatung.

VI Erschliessung

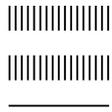
Hr. **Jan Bachmann**, FDP, stellt fest, dass die Erschliessung der Falkeisenmatte mehrheitlich über das Areal des Werkhofs erfolgen soll. Auf dieser Seite befindet sich unter anderem noch die Baumschule, welche nicht nur für den Werkhof selber, sondern sowohl für die eigene Lehrlingsausbildung als auch die Ausbildung von Lehrlingen anderer Gemeinden wichtig ist. Er fragt sich, ob der Baumgarten auf der im Westen liegenden Grünzone, zwischen Mühlemattstrasse und Hockeyplatz der Black Panthers, neu angesiedelt werden könnte. Schliesslich kann ein schöner Baumgarten auch als Visitenkarte einer Stadt dienen.

Grundsätzlich ist zu sagen, dass nicht der gesamte Baumgarten geräumt wird, hält Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, fest. Die Problematik wurde intensiv diskutiert. Natürlich war der Werkhof nicht begeistert, aber es herrscht die Meinung, dass die Ausbildung der Lernenden in diesem Bereich besser erfolgen kann, wenn dieser Teil bei Profis absolviert wird. Damit soll keinesfalls unterstellt werden, dass im Werkhof unprofessionell gearbeitet wird, aber man muss sich bewusst sein, dass im Werkhof Allrounder arbeiten. Somit erscheint es sinnvoller, wenn die spezifische Ausbildung in einer professionellen Baumschule erfolgt und die Lernenden sich das Wissen dort aneignen können. Die Baumschule an sich ist kein grosses Geschäft, sondern sie wird primär für die Ausbildung geführt. Für die Auszubildenden werden garantiert andere Lösungen gesucht und gefunden. Es wurden aufgrund dieser Problematik diverse Erschliessungsvarianten geprüft, aber leider fand sich keine andere befriedigende Lösung.

X Schlussbemerkungen

Hr. **Marcel Thüler**, SP, interessiert sich für die Kosten für die Begleitung dieses Projektes inkl. Baubewilligung. Es muss keine genaue Zahl genannt werden, aber er möchte einen ungefähren Betrag wissen.

Diese Frage trifft Hr. **Hans-Martin Plüss**, Stadtrat, ziemlich unvorbereitet. Er kann nicht sagen, wie viele Stunden für die Begleitung dieses Projektes eingerechnet wurden. Er reicht die Frage daher weiter an den Leiter Hochbau und Liegenschaften.



Hr. **Emanuele Soldati**, Leiter Hochbau und Liegenschaften, erläutert, dass der private Investor den Studienauftrag durchführen wird, Das entlastet auch die Verwaltung, da ursprünglich eine Testplanung vorgesehen war. Daher wird der Aufwand für die Begleitung relativ gering sein; man kann von einer Grössenordnung von ca. 150 Arbeitsstunden insgesamt ausgehen. Diese 150 Arbeitsstunden entsprechen einem Betrag von ungefähr CHF 15'000.-.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Der **Vorsitzende** lässt über den stadträtlichen Antrag abstimmen:

Der Stadtrat sei zum Verkauf der Parzelle 425 auf dem Gemeindegebiet Zofingen zu einem Preis von mindestens CHF 700.-/m² und zur Festlegung der Vertragsmodalitäten zu ermächtigen.

Der stadträtliche Antrag wird mit 20:12 Stimmen angenommen.

Hr. **Michael Wacker**, SP, hält fest, dass gemäss § 7 der Gemeindeordnung der Stadt Zofingen alle positiven und negativen Beschlüsse des Einwohnerrates der Urnenabstimmung unterstellt werden können, wenn der Einwohnerrat dies bis unmittelbar nach der Schlussabstimmung beschliesst. Er stellt daher den Antrag, dass der soeben gefällte Entscheid zu GK 174 Ermächtigung zum Verkauf der Parzelle 425 Falkeisenmatte der Volksabstimmung zu unterstellen sei. Jakob Lang hatte erwähnt, dass der Einwohnerrat eigentlich der Gemeindeversammlung entspricht. Weil er sich nicht sicher ist, ob die Zofinger Bevölkerung den Landverkauf wirklich goutiert, stellt er diesen Antrag.

Mit der Bitte um Ablehnung des Antrags wendet sich Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, an den Rat. Es geht nicht darum, dass man das Stimmvolk nicht befragen will. Was heute Abend passiert, ist nicht gerade optimal. Die Zeitplanung ist sowieso bereits sehr straff und wenn dieses Geschäft nun dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden soll, so müssen bedeutend mehr als die vorhin erfragten 150 Arbeitsstunden eingesetzt werden. Irgendeinmal wird die Rechnung dann nicht mehr aufgehen.

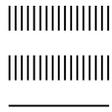
Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen, lässt der **Vorsitzende** über den Antrag von Michael Wacker abstimmen:

Das Geschäft GK 174 Ermächtigung zum Verkauf der Parzelle 425 Falkeisenmatte sei gemäss Gemeindeordnung § 7 der Volksabstimmung zu unterstellen.

Der Antrag von Michael Wacker wird mit 18:13 Stimmen abgelehnt.

Nachdem die Sitzung bereits bis 21.00 Uhr andauert, stellt der **Ratspräsident** den Antrag für eine Sitzungsverlängerung. Dieser Antrag wird stillschweigend gutgeheissen.

Von der SP-Fraktion wurden zwei Motionen eingereicht, welche der Stadtrat per E-Mail beantwortet hat. Es erfolgte eine dringliche Behandlung, damit an den Projekten zügig weitergearbeitet werden kann.



Art. 157

GK 176

Motion der SP-Fraktion vom 16. September 2013 betr. „Zeitgemässe Tagesstrukturen und Tagesschulen“ (Begründung und Beantwortung)

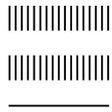
Der **Vorsitzende** fragt die SP-Fraktion an, ob sie mit der Beantwortung der Motion zufrieden ist.

Fr. **Sandra Olar**, SP, hält fest, dass die SP-Fraktion mit der vorliegenden Motion zeitgemässe Tagesstrukturen und Tagesschulen für Schülerinnen und Schüler fordert. Die Betonung liegt auf zeitgemäss, was in Zofingen heute nicht vorhanden ist. Es gibt zwar Tagesstrukturen, sie sind jedoch nicht flächendeckend. Wie momentan den Zeitungen entnommen werden kann, ist dies ein grosses Thema. Im Zusammenhang mit der Familieninitiative der SVP wird viel über die Erwerbstätigkeit der Mütter geschrieben und es kann festgestellt werden, dass diese stetig steigt. Als Folge davon steigt auch die Nachfrage nach familienexterner Betreuung. Für die SP ist der Neubau des Schulhauses für die Primar- und Mittelstufe unbestritten. Auch will man das Projekt nicht verzögern. Aber die Frage der Tagesstrukturen gehört ganz klar zum Schulhausneubau und kann nicht getrennt behandelt werden. Wer eins und eins zusammenzählen kann, merkt, dass die steigende Zahl der Unterstufenschülerinnen und -schüler auch mehr externe Betreuungsplätze verlangt. Wer heute ein neues Schulhaus baut, muss auch Tagesstrukturen einplanen und anbieten. Das ist miteinander verknüpft. Umso enttäuschender ist daher die abschlägige Antwort des Stadtrates auf die Motion. Es kann gelesen werden, dass der Stadtrat zwar die flächendeckende Einführung von Tagesstrukturen als wichtige Aufgabe erachtet, aber dennoch muss festgestellt werden, dass das auf Schuljahr 2009/10 eingeführte Pilotprojekt betr. Tagesstrukturen bis heute nicht offiziell ausgewertet wurde. Eine interne Auswertung ist offenbar erfolgt, wie man der Antwort entnehmen kann. Laut dem damals erarbeiteten Konzept, bei welchem Renata Siegrist ziemlich federführend mitwirkte, war vorgesehen, auf Schuljahresbeginn 2012/13 40 Tagesstruktur-Plätze im GMS zu schaffen. Das ist bis heute nicht umgesetzt worden.

Zurückkommend auf den Schulhausbau stellt Sandra Olar fest, dass ein solcher Neubau kein Pappentwurf ist. Er gehört zu den grösseren Investitionen, die Zofingen in den nächsten Jahren tätigen wird. Der Bau soll für mehrere Generationen entstehen und darum scheint eine kleine Verzögerung, welche mit Mehrkosten verbunden ist, als vertretbar, wenn dafür geprüft werden kann, ob es Tagesstrukturen im Neubau benötigt, oder ob diejenigen im Spittelhof zu erweitern oder solche in der Nähe des GMS zu realisieren sind. In diesem Zusammenhang wird auch festgehalten, dass der vom Stadtrat aufgeführte lange Zeithorizont von einem Jahr etwas irritierend ist. Aus der Antwort des Stadtrates ist ersichtlich, dass bereits einige Überlegungen angestellt wurden.

Bezüglich Tagesschulen weist Sandra Olar darauf hin, dass es bereits unzählige Gemeinden gibt, welche öffentliche Tagesschulen eingerichtet haben, während Zofingen sich noch immer Gedanken über flächendeckende Tagesstrukturen macht. Dazu gehören sämtliche grossen Städte, jedoch finden sich solche auch in diversen kleineren Städten, wie zum Beispiel Adelboden, Beromünster, Niderwil, Riehen, Passug usw. Die Liste könnte problemlos noch weitergeführt werden. Allein im Kanton Bern führen 158 Gemeinden mindestens eine öffentliche Tagesschule. Auch kleine Gemeinden, wie beispielsweise Beatenberg oder Aarberg, haben eine solche.

Der Vorteil von Tagesschulen besteht darin, dass sich alles unter einem Dach befindet. Die Kinder müssen nicht unnötig Strassen überqueren – so wie es momentan beim Schulhausneubau in Zofingen der Fall ist – und die Schüler werden den ganzen Tag betreut. Im Kanton Aargau betreibt Baden



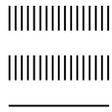
eine öffentliche Tagesschule. Die Nachfrage in dieser Gemeinde ist so gross, dass ein Schulhaus neu für Tagesschulbetrieb geplant ist. Bezüglich Kosten wird ausgeführt, dass Baden jährlich CHF 50'000.– bis CHF 100'000.– für die Betriebskosten aufwendet. Die restlichen Kosten werden von den Eltern übernommen. Zudem gibt es eine Studie aus dem Jahr 2001 der Stadt Zürich, welche zum Schluss kommt, dass jeder in externe Kinderbetreuung investierte Franken in Form von CHF 4.– bis 5.– wieder an die Gesellschaft zurückfliesst. Anders gesagt, für jeden investierten Steuerfranken fliessen rund CHF 1.60 an die Steuerzahlenden zurück. Zur Erklärung: man weiss, dass die Kinder besser integriert und sozialisiert werden, was im Durchschnitt höhere Schulabschlüsse bedeutet. Die Gesundheitskosten können reduziert werden, da es weniger unbeaufsichtigte Kinder gibt, welche Fern sehen und Chips essen. Zudem gibt es weniger Jugendkriminalität. Für die Eltern andererseits bedeutet es höhere Erwerbsbeteiligung und für die Arbeitgebenden, dass eine bessere Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften besteht. Für den Staat bzw. die Gemeinde entstehen dadurch auch höhere Steuereinnahmen.

Falls Zofingen etwas zukunftsgerichtet denken will, so ist ein flächendeckendes Angebot an Tagesstrukturen unabdingbar. Im Standortwettbewerb ist ein solches Angebot ein nicht zu unterschätzender Trumpf. Darum die Erwartung und Bitte der SP an den Stadtrat: es soll vorwärts gemacht werden mit der Einführung von flächendeckenden Tagesstrukturen. Dies im gleichen Tempo wie mit der Planung des neuen Quartierschulhauses. Es ist auch die Schaffung einer Tagesschule zu prüfen, so dass man nicht in 5 Jahren zusätzliche Pavillons aufstellen muss, die weitere Millionen verschlingen werden.

Die FDP ist für Tagesstrukturen, hält Hr. **André Kirchhofer**, FDP, einleitend fest. Diese wurden seinerzeit unter anderem auch auf Initiative der FDP in Zofingen eingeführt. Trotzdem ist die FDP klar gegen diesen Vorstoss. Eigentlich ist gar keine grosse Begründung mehr notwendig. Denn alles wurde bereits an der letzten Sitzung diskutiert. Alle Argumente wurden ausgewallt wie ein Pizzateig. Daher nur eine kurze Ergänzung. Entscheidend ist die Frage, ob sich die Tagesstrukturen bewährt oder nicht bewährt haben. Das wurde von der Vorrednerin ebenfalls erwähnt. Diese Auswertung liegt noch nicht vor, deshalb sollte sie zuerst abgewartet werden, bevor man Schulraum baut, der sehr teuer ist. Wenn man beispielsweise eine neue Wohnung sucht – er selber ist gerade dabei – so mietet man ja auch nicht einfach eine 5½-Zimmer-Wohnung, um danach festzustellen, dass nur ein Studio notwendig ist. So ist es auch beim Schulhausbau. Zuerst braucht es genaue Abklärungen, damit die Dimensionen übereinstimmen. Als Fazit wiederholt André Kirchhofer nochmals, dass die FDP für Tagesstrukturen aber gegen diesen Vorstoss ist.

Entgegen des Titels der SP-Motion betr. Tagesstrukturen und Tagesschulen ist das Timing dieses Vorstosses alles andere als zeitgemäss, stellt Hr. **Dominik Gresch**, DYM/glp, fest. Denn an der letzten Einwohnerratssitzung vor ca. 5 Wochen wurde dieses Thema ausführlich diskutiert. Ein Zusatzantrag, das Anliegen mit der aktuellen Schulraumplanung inkl. Neubauprojekt zu verknüpfen, blieb im Rat chancenlos. Diesen Entscheid gilt es nun zu respektieren.

Wie sieht es mit den weiteren Forderungen der Motion aus? Die Überführung der Tagesstrukturen vom Probe- in einen flächendeckenden Regelbetrieb wurde bereits im Rahmen der politisch-strategischen Prüfung des Budgets 2014 durch die FGPK thematisiert. Auf die entsprechende Frage des Prüfungsteams Müller/Thüler stellte der Stadtrat für das kommende Jahr eine Vorlage in Aussicht. Diese Ankündigung ist folgerichtig auch in der stadträtlichen Stellungnahme zu GK 176 enthalten. Die Motion ist in diesem Punkt hinfällig. Somit bleibt noch der Auftrag, ein Konzept für Tagesschulen auf Primarschulstufe auszuarbeiten. Währenddem das eine Begehren zu spät kommt und das andere anlässlich der Budgetprüfung quasi eingeholt wurde, will die SP mit ihrem Ansinnen



– bildlich gesprochen – ohne Zwischenhalt mittels Schnellzug ans Ziel gelangen. Wie die SP in ihrer Begründung andeutet, ist es zweifellos richtig, zukunftsgerichtet zu planen und zu denken. Andererseits sind aber auch die aktuellen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen. Aus all diesen Gründen lehnt die Fraktion der Dynamischen Mitte die vorliegende Motion ab. Das ist nicht als Nein zu den Tagesstrukturen zu verstehen, sondern als Ja zu einem pragmatischen Weg. So versteht Dominik Gresch als zukünftiger Stadtrat, welcher für das Ressort Bildung und Soziales zuständig sein wird, auch den Auftrag, dem Wohnerrat eine Vorlage zur Überführung der Tagesstrukturen in einen flächendeckenden Regelbetrieb zu unterbreiten. Oder wie es Richard von Weizsäcker, der frühere deutsche Bundespräsident, ausdrückte: „Die ganze Kunst der Politik besteht darin, das langfristig Notwendige kurzfristig mehrheitsfähig zu machen“. Mit diesen Worten kommt er zum Ende seines letzten Votums als Wohnerrat. Er nützt diese Gelegenheit, allen für die Aufmerksamkeit und die angenehme Zusammenarbeit zu danken.

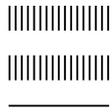
Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtmann, versucht, sich kurz zu halten. Es ist korrekt, dass die Auswertung des Pilotprojektes Tagesstrukturen noch nicht offiziell erfolgt ist. Das heisst, es gibt zwar eine Auswertung aber sie ist dem Rat noch nicht bekannt. Die Ergebnisse entsprechen in etwa den Aussagen in den heute vorgebrachten Voten. Erste Erkenntnis: die Tagesstrukturen bewähren sich. Er verzichtet daher auf eine Wiederholung der Ausführungen von Sandra Olar. Zweite Erkenntnis: das Produkt oder Angebot wird sehr, sehr langsam wahrgenommen. Es dauert einige Zeit bis die Zahlen ansteigen. Auch deswegen wurde das Projekt nicht forciert. Der Hauptgrund liegt jedoch im Finanzbereich. Wenn der Stadtrat die Lösung zur Finanzierung dieses Angebots hätte, wäre man forscher vorgegangen. Im 2014 wird unter der Federführung von Stadtrat Dominik Gresch das Angebot der Einführung von flächendeckenden Tagesstrukturen mit allen finanziellen Folgen erarbeitet und vorgelegt. Wie es dann schlussendlich mit der Tagesschule weitergehen soll, müsste anschliessend noch einmal mittels eines parlamentarischen Vorstosses in Gang gesetzt werden. Der Stadtrat reagiert aktuell auf den ersten Vorstoss betr. flächendeckender Einführung.

Hans-Ruedi Hottiger kommt noch kurz auf die Stadt Baden zu sprechen und stellt einen Vergleich an. Baden hat eine Steuerkraft von CHF 4'800, wohingegen Zofingen eine solche von CHF 3'000 hat. Das hat nicht nur Auswirkungen auf das, was man sich leisten kann, sondern es zeigt auch das Steuersubstrat. Wenn die gleiche Rechnung in Zofingen angestellt wird, ergibt sich eine ganz andere Zahl. Und man kommt auch auf ein ganz anderes Resultat, was die Tagesstrukturen anbelangt – ausser man setzt den Preis für die Eltern in einer schwindelerregenden Höhe an. Aber es spielt natürlich eine Rolle, in welchem Einkommensbereich man sich bewegt und entsprechend zahlt man mehr oder weniger.

Als letztes legt Hans-Ruedi Hottiger den Ratsmitgliedern eindringlich ans Herz, diese Motion abzulehnen. Da es sich um eine Motion handelt, muss die Umsetzung genau nach den formulierten Begehren erfolgen. Wie Sandra Olar heute nochmals bestätigt hat, sollen die Forderungen nach Tagesstrukturen mit dem Schulhausneubau verknüpft werden. Daher muss die Motion abgelehnt werden, wenn der Bau des Schulhauses nicht angezweifelt wird. Falls keine Ablehnung erfolgt, so ist eine rechtzeitige Realisation nicht möglich. Aber das Anliegen betr. Tagesstrukturen wird behandelt und kommt nächstes Jahr vor den Rat.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen, lässt der **Präsident** über die Überweisung der Motion abstimmen:

Die Überweisung der Motion wird mit 24:6 Stimmen abgelehnt.



Art. 158

GK 177

Motion der SP-Fraktion vom 16. September 2013 betr. „Umsichtiges Mobilitätskonzept BZZ“ (Begründung und Beantwortung)

Auch hier fragt der **Vorsitzende** die SP-Fraktion an, ob sie mit der Beantwortung der Motion zufrieden ist.

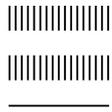
Nein, man ist nicht zufrieden, stellt Hr. **Michael Wacker**, SP, fest. Es ist aber klar, dass dem Stadtrat formell keine andere Möglichkeit bleibt, als beide Motionen abzuschmettern, um das Projekt Schulhausneubau wirklich sauber und zeitgerecht durchziehen zu können. Aber er stellt fest, dass man beim vorherigen Anliegen mit den Tagesstrukturen mehr oder weniger offene Türen einrennt, währenddem man mit diesem Vorstoss auf taube Ohren stösst.

Im Bereich Verkehr wird im Moment heftig gebaut. Auch im Schild beim BZZ soll zukünftig viel gebaut werden. Vor Jahresfrist gab es ein Projekt für einen 4. Kreiselast, welcher abgelehnt wurde. Aktuell ist ein Parkhaus projektiert und es müssen verschiedenste Verkehrslösungen gesucht und gefunden werden. Auch wenn alle die Ablehnung der Forderungen mitbekommen haben, so möchte er doch noch einige Punkte erwähnen.

In der Antwort wird Stellung bezogen zum Thema „Kommunaler Gesamtplan Verkehr (KGV) der Stadt Zofingen“, welcher ein behördenverbindliches Instrument darstellt. In diesem 135-seitigen Werk wird kein Wort über Parkieranlagen im Bereich des Bildungszentrums Zofingen verloren. Jedoch finden sich Wörter wie Parkieranlagen/-Flächen bei der Migros, der Siegfried AG, der Ringier AG oder beim Spital. Weiter wird in der Antwort aufgeführt, dass man zweifelsohne in diesem Gebiet Parkplätze zur Verfügung stellen müsse, da eine Realerstellungspflicht bestehe. Es fragt sich nun, was bedeutet diese Realerstellungspflicht? Michael Wacker ist der Meinung, dass die Stadt als Grundeigentümerin eines städtischen Parkhauses diese Parkplätze heute bereits zur Verfügung stellt. Daher soll nicht noch ein zusätzliches Parkhaus im Schild des BZZ gebaut werden, bevor feststeht, wie die gesamte Verkehrsplanung aussehen soll. Vor wenigen Minuten wurde beschlossen, das Land in der Falkeisenmatte zu verkaufen. Das zieht ein grösseres Verkehrsaufkommen in diesem Schild nach sich. Aber das Handling dieses Problems ist nicht klar. Er erinnert in diesem Zusammenhang an das Bauvorhaben resp. an die Kreuzung Mühlegasse/Mühlemattstrasse, welches sich im gleichen Perimeter befindet. Gleichzeitig wird der SP unterstellt, sie wolle Tempo 30 auf Kantonsstrassen einführen. Auch der SP ist klar, dass dies der Stadtrat nicht entscheiden kann. Daher lautet die Formulierung in der Motion, es solle darauf hingearbeitet werden und nicht, es sei einzuführen. Dabei handelt es sich um einen klaren Auftrag an den Stadtrat, beim Kanton entsprechend Druck auszuüben. Hätte beispielsweise Köniz keinen Druck ausgeübt, so würden heute noch 25'000 Autos durch diese Gemeinde fahren.

Er will sich kurz halten, daher bittet er darum, dieser Motion grünes Licht zu signalisieren, damit im Bereich BZZ eine saubere Verkehrsplanung für die Zukunft erstellt werden kann.

Hr. **Rolf Moor**, Stadtrat, will sich nicht im Detail verlieren. Die Beantwortung der Motion ist schriftlich erfolgt. Der Stadtrat lehnt den Vorstoss ab. Er macht darauf aufmerksam, dass an der letzten Einwohnerratssitzung CHF 65'000.– bewilligt wurden, um Daten zu eruieren und zu sammeln. Die nun eingereichten Forderungen sind viel umfangreicher. Man kann diese Motion überweisen, was bedeutet, dass die Umsetzung genau so zu erfolgen hat. Es würde in dem Fall wieder eine Vorlage



an den Einwohnerrat brauchen, in welcher die neuen Kosten aufzulisten wären. Die bewilligten CHF 65'000.- würden dann nicht ausreichen. Zudem ergäbe sich eine zeitliche Verzögerung, was zur Folge hätte, dass am Tag X der Schulhausneubau nicht fertig wäre und wieder Provisorien aufgestellt werden müssten. Auch da entstünden zusätzliche Mehrkosten.

Die Aufgabe der Verwaltung besteht nun darin, eine Ist-Analyse zu erstellen mit den Kriterien, wie viel Parkraum besteht überhaupt, wo befindet sich dieser, welche gesetzlichen Vorgaben bestehen, was die Anzahl an Parkräumen betrifft. Zudem ist eine Bedarfsanalyse in Zusammenarbeit mit der im Raum BZZ tätigen Personen – der Betriebsleitung, der Berufsschule und der Kantonsschule – nötig. Aufgrund dieser neuen Ausgangssituation können dann weitere Schritte erfolgen. Anfangen mit planen und erarbeiten eines Mobilitätskonzepts kann man erst, wenn feststeht, wo das Schulhaus genau zu stehen kommt. Um das herauszufinden, läuft ein Projektierungs-Wettbewerb. Sobald der Standort feststeht, kann auch die Diskussion betr. Parkplatzsituation beginnen. Heute kann weder eine Lösung präsentiert werden noch sollte man eine solche vorweg nehmen.

Zu den Tempo-30-Zonen und der Schulwegsicherheit wurde auch an der letzten Einwohnerratssitzung bereits Stellung bezogen und man wird selbstverständlich mit dem Kanton Kontakt aufnehmen und das Gespräch suchen. Schlussendlich handelt es sich aber um eine Kantonsstrasse und der Entscheid oder die Lösungsvorschläge werden durch den Kanton erfolgen.

Nachdem das Wort nicht mehr verlangt wird, lässt der **Vorsitzende** über die Überweisung der Motion abstimmen:

Die Überweisung der Motion wird mit 24:9 Stimmen abgelehnt.

Art. 159

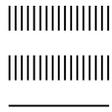
Umfrage

Hinweis der Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt, und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Der **Ratspräsident** teilt mit, dass die die FDP-Fraktion eine Motion betr. Bereichsleitung Alter und Gesundheit eingereicht hat.

Anschliessend eröffnet er die Umfrage. Da niemand das Wort verlangt, schliesst der **Vorsitzende** die Umfrage unbenützt.



Art. 160

**Verabschiedung der ausscheidenden Mitglieder des Einwohnerrates und des Stadtrates;
Schlussworte zum Ende der Amtsperiode 2010/13 von Stadtammann und Einwohner-
ratspräsident**

Verabschiedung der zurücktretenden Stadtratsmitglieder

Der **Präsident** fühlt sich geehrt, dass er die Verabschiedungen von Frau Vizeammann Dubach und den zwei weiteren verdienten Stadtratsmitgliedern, Frau Stadträtin Therese Müller und von Herrn Stadtrat Rolf Moor, vornehmen darf. Auch als Präsident kann man nur erahnen, wie vielfältig, anspruchsvoll und streng die Arbeit ist und wie nahe Dankbarkeit und Groll in der Bevölkerung manchmal beieinander liegen.

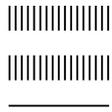
Annegret Dubach-Lemberg, Frau Vizeammann, SP

Aufgrund der grossen Motivation, mit welcher Aki Dubach ihr Amt stets ausführte, musste sie in letzter Zeit selber erfahren, dass die Grenzen der Belastbarkeit oftmals erreicht und durch ein Burn-out hart aufgezeigt werden. Das Wesen von Annegret Dubach zeichnet sich durch ihre Neugierde, ihren Wissensdurst und ihr Interesse aus. So durfte man sie kennen- und schätzen lernen. Sie hat sich immer stark für die gesellschaftlichen Fragen engagiert. Ihr Ziel bestand darin, zu verändern, was nötig ist und zu stärken, was gut läuft.

Aki Dubach hat die Jugendarbeit aus privaten Händen zu den städtischen Aufgaben überführt. Es war ihr auch wichtig, das Sozialamt für gesellschaftliche Fragen fit zu kriegen. Das waren sehr komplexe und schwierige Aufgaben. Sie hat dem Stadtrat eine Organisationsentwicklung vorgeschlagen, mit welcher erreicht werden konnte, dass Anlaufstellen und Fachstellen für Prävention und Integration vorhanden sind. Im Weiteren hat Annegret Dubach die Chance Z! entwickelt und die Schulsozialarbeit aufgebaut. Ausserdem wurde die Heitere Box lanciert, die Ruhe und friedliche Stimmung auf dem Heitern brachte – dies ist momentan gerade etwas umstritten, da zurzeit eine Motion bzw. Interpellation dazu hängig ist. Zudem hat sie ein Kulturkonzept entwickelt und so hat die Stadt eine Kulturstelle bzw. einen Bereich Kultur innerhalb der Verwaltung erhalten.

Der **Vorsitzende** bedankt sich bei Annegret Dubach im Namen des Einwohnerrates und somit der gesamten Zofinger Bevölkerung für alles, was sie für die Stadt Zofingen geleistet hat.

Fr. **Annegret Dubach**, Vizeammann, bedankt sich ihrerseits bei allen. Es waren sehr spannende Jahre. Sie hatte nie damit gerechnet, dass sie einmal in ihrem Leben Stadträtin von Zofingen sein würde. Sie ist stolz darauf, dass sie drei Mal gewählt wurde und sie ihre Kraft für die Stadt einsetzen durfte. Sie lebt gerne in Zofingen und hat – auch wenn es nicht immer ganz einfach war – sehr gerne mit dem Einwohnerrat zusammengearbeitet. Sie hat besonders geschätzt, dass immer der Kontakt gesucht wurde und auch in Situationen, in welchen etwas Sand im Getriebe steckte, durch persönliche Gespräche vieles geklärt werden konnte. Das hat ihr sehr viel Befriedigung gegeben, sie glücklich gemacht und ihr Leben bereichert. Trotzdem ist sie nun sehr glücklich, dass sie die grosse Verantwortung jetzt in gute Hände abgeben darf. Es ist eine harte aber phantastische Arbeit, denn es geht um den Menschen, der im Zentrum steht. Sie wünscht ihren Nachfolgern alles Gute und bedankt sich für das ihr entgegengebrachte Vertrauen, für die erfolgte Kritik und das ausgesprochene Lob.



Therese Müller-Widmer, Stadträtin, SVP

Auch sie diente 12 Jahre im Stadtrat. Sie verdiente sich ihre Sporen im Einwohnerrat vom 1. Januar 1990 bis 31. Dezember 2001 ab. In den Jahren 1994 und 1995 präsidierte Therese Müller diesen Rat. Anschliessend wurde sie per 1. Januar 2002 in den Stadtrat gewählt. Sie setzte sich immer für die Gesundheit und das Alter sowie das Bestattungswesen ein. Therese Müller stellte Fragen, denen sie anschliessend Taten folgen liess. Unter ihrer Regie entstanden und anderem Alterswohnungen. Ein weiteres wichtiges Zeichen wurde mit dem Altersleitbild gesetzt, welches unter ihrer Federführung geschaffen wurde. Im Weiteren brachte sie sich stark in der Baukommission Neubau Seniorenzentrum Brunnenhof ein. Man kann sagen, sie hat diese Kommission geprägt. Als Höhepunkt kann sicherlich der Spatenstich vom Mittwoch, 16. Oktober 2013, genannt werden. Ein weiteres Zeichen dafür, dass den Worten jeweils Taten folgten.

Während der Amtsdauer von Therese Müller wurde auch eine Grabstätte für früh verlorene Kinder geschaffen, welche wohl einzigartig in der Region ist. Ebenfalls einen grossen Stellenwert nahmen die Traditionen bei ihr ein, war sie doch Präsidentin der Kinderfestkommission, dem Fest aller Feste. So konnte unter ihrem Regime noch eine neue Fahne für das Kadettenkorps finanziert und besorgt werden. Auch die Erweiterung aller Aktivitäten am Zapfenstreich-Abend geht auf das Konto von Therese Müller.

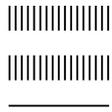
Auch ihr dankt der **Ratspräsident** herzlich für die geleistete Arbeit im Stadtrat und während ihrer politischen Karriere.

Sie trägt ebenfalls noch ein wenig zur Verlängerung der Sitzung bei, stellt Fr. **Therese Müller**, Stadträtin, fest. Auch sie bedankt sich ganz herzlich. Vor ihrer Zeit als Stadträtin stand sie auf der anderen Seite und brachte Anliegen ein, die sicherlich die zuständigen Stadträte manches Mal geärgert haben. So wie sie sich als Stadträtin auch verschiedentlich geärgert hat. Aber sie hat sich dann erinnert, dass sie auch einmal dort stand und schliesslich ist es Aufgabe des Parlamentes, manchmal auch unsensible Fragen zu stellen. Sie dankt insbesondere dafür, dass sie in ihrer Tätigkeit als Stadträtin vom Parlament immer ein wenig verschont wurde. Sie wünscht allen viel Kraft für die neue Legislaturperiode.

Rolf Moor, Stadtrat, FDP

Rolf Moor hatte vom 1. Januar 1994 bis 31. Dezember 2009 Einsitz im Einwohnerrat, davon war er in den Jahren 2008 und 2009 Vizepräsident. Auf den 1. Januar des folgenden Jahres wurde er in den Stadtrat gewählt. Vom 1. Januar 2002 bis 31. Dezember 2005 hat der Vorsitzende mit Rolf Moor in der Geschäftsprüfungskommission zusammengearbeitet. Er schätzte ihn sowohl als Person als auch für die geleistete Arbeit. Per 1. Januar 2006 wurden die Finanzprüfungskommission und die Geschäftsprüfungskommission zusammengelegt. Die neue Finanz- und Geschäftsprüfungskommission wurde mit grossem Engagement von Rolf Moor präsidiert. In dieser Zeit war viel Entwicklungsarbeit zu leisten. Er war federführend bei der Vorlage „Neubau Seniorenzentrum“ und dafür bekannt, sich mit Händen und Füssen für eine Vorlage einzusetzen.

Der neu gegründeten Energiekommission sowie der ebenfalls neu gegründeten Kommission Zweiradverkehr stand Rolf Moor ab 2012 als Präsident vor. Das Vizepräsidium der Planungs- und Verkehrskommission hatte er ab 2010 inne. Ebenfalls in diesem Jahr begann sein Mandat als Verwaltungsratsmitglied der StWZ Gesellschaften und er wurde als Abgeordneter in den Regionalverband



zofingenregio sowie in die Gemeindeverbände erzo „ARA“, „Kadaversammelstelle“ und „KVA“ gewählt.

Rolf Moor engagierte sich in verschiedenen Strassenprojekten, wie Wiggertalstrasse, Luzernerstrasse oder SBB-Unterführung Strengelbacherstrasse. Zudem wirkte er bei diversen Kreiselpunkten mit. Dies ist nur ein kleiner Auszug aus allen Projekten. Nicht vergessen darf man Massnahmen zur Aufwertung des Parkhauses am Bahnhof als Gegenvorschlag zur Initiative auf Einführung der Blauen Zone.

Auch ihm spricht der **Vorsitzende** seinen herzlichen Dank für die geleistete Arbeit für den Stadtrat, die Stadt und für alle aus.

Hr. **Rolf Moor**, Stadtrat, hält sich kurz. Eine 20-jährige politische Karriere geht zu Ende. Er hat viel erlebt – viel Schönes aber natürlich auch weniger Schönes. Er hat immer sehr gerne mit der Verwaltung, dem Einwohnerrat oder den Kommissionen zusammengearbeitet. Man war nicht immer gleicher Meinung, manchmal flogen auch die Fetzen – das braucht es in der Politik – aber schlussendlich war wichtig, dass immer die Sache im Vordergrund stand. Er bedankt sich herzlich für die gute Zusammenarbeit, die ihm viel Freude bereitet hat.

Mitglieder des Einwohnerrates ohne Absenz in der Amtsperiode 2010/13

Der **Ratspräsident** erklärt, dass man sich im Ratsbüro Gedanken zu den Abschiedsgeschenken der austretenden Mitglieder des Einwohnerrates gemacht hat. Es wurde diskutiert, wie man einen kleinen Anreiz schaffen um evtl. eine etwas kleinere Fluktuation im Rat erreichen zu können. Man will die Ratsmitglieder, welche sich während einer ganzen Amtsperiode engagiert haben, besser belohnen und nicht diejenigen, welche nach 5 oder 6 Sitzungen zurücktreten, besser stellen. Es kann nicht sein, dass Einwohnerrätinnen oder Einwohnerräte, welche mitten im Jahr austreten, mehr belohnt werden als solche, die eine Amtsperiode ordentlich beendet haben. Das Ratsbüro hat deshalb beschlossen, dass ein- oder austretende Ratsmitglieder, welche keine ganze Amtsperiode dem Rat angehört haben, lediglich 3 Flaschen Rothüsler erhalten. Für die anderen Mitglieder gilt die bisherige Regelung weiterhin.

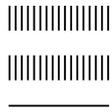
Der **Vorsitzende** wird bei der Verabschiedung der Einwohnerratsmitglieder bei den Würdigungen in der Reihenfolge der Amtsdauer vorgehen. Zuerst würdigt er jedoch die Mitglieder des Rates, welche in der Amtsperiode 2010/13 keine Absenz vorzuweisen haben.

Trotz grosser Fluktuation gibt es Ratsmitglieder, die während der abgelaufenen Amtsperiode an keiner Sitzung gefehlt haben. Er übergibt den folgenden 6 Mitgliedern des Einwohnerrates als kleine Anerkennung den Bildband „Zofingen – Die Stadt, die Menschen, der Alltag“:

Marco Arni, Jan Bachmann, Barbara Bättig-Kipfer, Marcel Murri, Miriam Ruf-Eppler und Martin Willisegger.

Zudem gibt es Einwohnerratsmitglieder, die nicht nur während einer Amtsperiode keine Absenz hatten, sondern bereits in der letzten keine solche zu verzeichnen hatten. Sie erhalten als Alternativgeschenk je einen Gutschein à CHF 50.– des Stadtbüros Zofingen. Es sind dies:

Thomas Bühler, Rahela Syed, Michael Wacker und Robert Weishaupt.



Verabschiedung der austretenden Mitglieder des Einwohnerrates

Der **Präsident** dankt allen Ratsmitgliedern ganz herzlich, welche sich zum Wohl der Einwohnerinnen und Einwohner mit grossem Engagement eingesetzt haben. Er ist überzeugt, dass man ein intaktes Umfeld, eine Familie, die einem unterstützt, und einen verständnisvollen Arbeitgeber braucht, wenn man politisieren möchte. Verschiedene finden Befriedigung im Einsatz für die Allgemeinheit. Egal ob für die Feuerwehr, bei der Betreuung älterer Mitmenschen oder eben in der Politik.

Senn Ammann Yolanda, Farbtupfer

- Einwohnerrätin vom 01.01.1998 – 08.03.2008 und vom 01.01.2010 – 31.12.2013
- Mitglied der Stadtbildkommission (Altstadtkommission) vom 01.01.1998 – 02.05.2007
- Mitglied der Geschäftsprüfungskommission vom 15.03.2004 – 31.12.2005
- Mitglied der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission vom 01.01.2006 – 08.03.2008

Leider ist Yolanda Senn Ammann krank. Daher werden ihr die Geschenke vom Stadtweibel überbracht.

Syed Rahela, SP

- Einwohnerrätin vom 01.01.2002 – 31.12.2013
- Mitglied der Finanzkommission vom 15.03.2004 – 31.12.2005
- Stimmzählerin des Büros ER vom 01.01.2008 – 31.12.2011
- Mitglied einwohnerrätliche Spezialkommission Informatik-Vorlagen
- Mitglied einwohnerrätliche Spezialkommission Ortsplanungsrevision
- Mitglied einwohnerrätliche Spezialkommission Personalreglement
- Ab 01.01.2014 Stadträtin

Der Vorsitzende wünscht ihr eine interessante Tätigkeit im Stadtrat und freut sich auf eine weitere gute Zusammenarbeit.

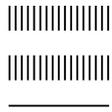
Murri Marcel, SP

- Einwohnerrat vom 01.01.2008 – 31.12.2013
- Mitglied der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission vom 26.05.2008 – 06.05.2009
- Vizepräsident der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission vom 07.05.2009 – 31.12.2009
- Präsident der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission vom 01.01.2010 – 31.12.2013
- Mitglied einwohnerrätliche Spezialkommission Informatik-Vorlagen

Der Ratspräsident führt aus, dass man Marcel Murri als sehr fairen Gesprächspartner kennt. Er hat sich als Sprecher der FGPK mit sehr fundierten und interessanten Voten hervorgetan. Die Rechnung und das Budget waren immer Chefsache. Der Vorsitzende bedankt sich ganz herzlich bei Marcel Murri und bedauert, dass er sich für die neue Amtsperiode nicht mehr zur Wahl gestellt hat.

Mülchi Christina, SVP

- Einwohnerrätin vom 01.01.2010 – 31.12.2013
- Mitglied einwohnerrätliche Spezialkommission Informatik-Vorlagen



Auch sie ist krank, daher wird sie die Geschenke durch den Stadtweibel erhalten.

Gresch Dominik, DYM/glp

- Einwohnerrat vom 01.01.2010 – 31.12.2013
- Mitglied der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission vom 18.03.2013 – 31.12.2013
- Mitglied der Kommission Seniorenzentrum Rosenberg und Tanner seit 01.01.2013
- Mitglied einwohnerrätliche Spezialkommission Personalreglement
- Ab 01.01.2014 Stadtrat

Dominik Gresch hat den Steilpass genutzt und wurde erfolgreich in den Stadtrat gewählt. Die Voten im Einwohnerrat waren immer prägnant. Er brachte Dynamik ein. Der Ratspräsident wünscht Dominik Gresch besonders interessante Arbeit im Stadtrat. Auch freut er sich auf eine weiterhin gute und konstruktive Zusammenarbeit.

Rüegger Andreas, FDP

- Einwohnerrat vom 01.07.2011 – 31.12.2013
- Mitglied der Sportkommission seit 01.01.2003
- Mitglied der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission vom 18.03.2013 – 17.06.2013
- Mitglied einwohnerrätliche Spezialkommission Gemeindegemeinschaft Zofingen – Uerkheim
- Mitglied einwohnerrätliche Spezialkommission Ortsplanungsrevision
- Ab 01.01.2014 Stadtrat

Auch er wurde auf die neue Amtsperiode erfolgreich zum Stadtrat gewählt. Der Vorsitzende wünscht Andreas Rüegger für die intensive Arbeit viel Erfolg und eine interessante Tätigkeit. Er ist überzeugt, dass weiterhin eine gute Zusammenarbeit erfolgen wird.

Lippuner Rafael, SP

- Einwohnerrat vom 01.09.2012 – 31.12.2013
- Mitglied einwohnerrätliche Spezialkommission Gemeindegemeinschaft Zofingen – Uerkheim

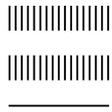
Der Präsident spricht Rafael Lippuner seinen Dank für die Arbeit im Einwohnerrat aus und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute.

Weyermann Jona, SVP

- Einwohnerrat vom 11.07.2013 – 31.12.2013

Jona Weyermann konnte an einer Sitzung im Einwohnerrat teilnehmen. Er hat sich für die heutige Sitzung entschuldigt. Der Ratsvorsitzende möchte ihm den Tipp mit auf den Weg geben, sich noch etwas in Geduld zu üben. Das ist in der Politik manchmal notwendig. Auch Jona Weyermann wird sein Geschenk durch den Stadtweibel überbracht.

Unter dem Beifall der Anwesenden werden jedem austretenden Ratsmitglied die ihm zustehenden Geschenke übergeben (2 Zofinger Gläser ,3 Flaschen weisser Rothüsler sowie ein Glasteller bei Einsitz im Rat während der ganzen Amtsperiode bzw. 3 Flaschen Rothüsler bei Eintritt während der laufenden Amtsperiode).



Der **Ratsvorsitzende** teilt bei dieser Gelegenheit noch mit, dass vor kurzer Zeit Einwohnerrat Michael Müller die Ehe geschlossen hat. Er gratuliert ihm und seiner Ehefrau an dieser Stelle und wünscht den beiden alles Gute für die gemeinsame Zukunft. Es freut ihn, dass eine weitere Zusammenarbeit möglich ist, auch wenn sich Michael Müller nun in festen Händen befindet. Er überreicht ihm als Geschenk das Buch „Stadtgeschichte, Band 3“.

Rückblick und Schlusswort des Stadtammanns

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, stellt fest, dass sich die Ratsmitglieder bereits bequem in den Stühlen installiert haben, daher wird es ein wenig schwierig, noch etwas Vernünftiges zur vergangenen Legislaturperiode zu sagen.

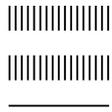
Er hat vorweg noch eine ergänzende Information zum Spittelhof. Er hat sich in der Pause mit Hrn. Lienhard getroffen und dieser hat ihn dahingehend informiert, dass inzwischen aufgrund der 2. Fragerunde noch 6 Gemeinden Beiträge im Gesamtbetrag von CHF 10'000.– gesprochen haben.

Nun blickt Hans-Ruedi Hottiger aber zurück ins Jahr 2008. In diesem Rechnungsjahr erzielte Zofingen ein Rekordergebnis mit einer Selbstfinanzierung von über CHF 10 Mio. Davon kann heute nur noch geträumt werden. Der Abschluss lag damals CHF 4 Mio. über dem Budget, und es konnten CHF 9 Mio. an Investitionen aus eigenen Mitteln finanziert werden. Diese Zeiten sind leider vorbei. In der abgelaufenen Legislaturperiode ist Zofingen – wie die meisten anderen Gemeinden – in der finanzpolitischen Realität gelandet.

Bis 2008 konnten die Gemeinden im Aargau noch von gewissen Sonderfaktoren im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Finanzausgleichs profitieren. Diese Effekte sind nun endgültig weggefallen. Zudem hinterlassen die tiefgreifenden Veränderungen, welche in unserer Gesellschaft ablaufen, deutliche Spuren. Die durchschnittliche Lebenserwartung lag im Jahr 1920 bei 55 Jahren, heute liegt sie bei 83 Jahren. Es ist nicht verwunderlich, dass solche Sprünge innerhalb so kurzer Zeit Spuren in der Gesellschaft und der Finanzierung hinterlassen.

Die Gesundheitsversorgung, welche überwiegend von der öffentlichen Hand bestritten wird, wurde massiv teurer. In Zahlen ausgedrückt, bedeutet dies: Im Jahr 2011 haben die Ausgaben für den Bereich Gesundheit noch bei CHF 2,5 Mio. gelegen, im laufenden Jahr 2013 musste das Doppelte, also CHF 4,5 Mio. budgetiert werden. Aber auch die Kosten für Menschen, die besondere Betreuung benötigen, haben massiv zugenommen. Dies ebenfalls aus Gründen gesellschaftlicher Veränderungen in verschiedenen Bereichen, was dazu geführt hat, dass immer mehr Kinder und Jugendliche in Sonderschulen und Heimen platziert werden müssen. So ist der Gemeindebeitrag von Zofingen an die Tagessonderschulen und Heime denn auch von CHF 280'000.– im Jahr 2007 auf CHF 0,5 Mio. im Budget 2013 angestiegen.

Ein weiteres gesellschaftliches Phänomen ist die zunehmende Mobilität der Bevölkerung, welche die Kostenbeiträge der Gemeinden an den Öffentlichen Verkehr sowie an den Aufbau und den Erhalt der Verkehrsinfrastrukturen stetig ansteigen lässt. Viele dieser Belastungen mit einer hohen Kostendynamik können dabei von den Gemeinden gar nicht direkt beeinflusst werden, sondern werden ihnen einfach zugeteilt. So hat man im Rahmen der Optimierungsmassnahmen ausgewiesen, dass über 80 % des Gesamtbudgets gebundene oder mehrheitlich gebundene Ausgaben sind. So bleiben knapp 20 %, welche von den Gemeinden selber bestimmt werden können. Genau diese verbleibenden 20 % tragen dann aber massgeblich zur Standortattraktivität einer Gemeinde bei.



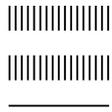
Während fast alle Gemeinde im Aargau und der Schweiz auf der Ausgabenseite von den eben dargelegten Faktoren betroffen sind, zeigt sich recht eindrücklich noch eine Zofinger Spezialität, von welcher alle Anwesenden sicherlich bereits gehört haben – und zwar auf der Einnahmenseite. Die Steuerkraft von Zofingen hat sich im Vergleich zu den entsprechenden Zahlen vom Kanton und vom Bezirk Zofingen klar unterdurchschnittlich entwickelt. Im Jahr 2011 lag Zofingen noch 73 % über dem Bezirks- und 53 % über dem Kantonsdurchschnitt, heute liegt Zofingen noch 32 % vor dem Bezirk und 11 % vor dem Kanton. In Zahlen aufgelistet, heisst das: in den letzten 10 Jahren hat die Steuerkraft des Kantons von CHF 2'060.– auf CHF 2'580.– zugenommen, währenddem sich diejenige von Zofingen von CHF 3'150.– auf CHF 2'870.– reduziert hat. Zu Beginn der Legislaturperiode bestanden vor allem Probleme mit den Steuern der juristischen Personen; im Jahr 2010 wurde der historische Tiefpunkt erreicht mit knapp CHF 1,5 Mio. Steuerertrag. Heute bereiten die Steuererträge der natürlichen Personen Kummer.

Ernüchterung stellte sich in der letzten Amtsperiode auch bezüglich Fusionsprojekte ein. Im Jahr 2009 lehnten die Strengelbacher Stimmbürger/innen den Kredit für Fusionsabklärungen ab. Ebenfalls scheiterten die Fusionsprojekte Zofingen – Brittnau sowie Zofingen – Uerkheim. Offensichtlich ist in unserer Region die Zeit für Fusionen noch nicht reif. Daher wird Zofingen in Zukunft anstelle von Fusionen verschiedene Kooperationsprojekte vorantreiben. Diese Projekte werden nach dem am heutigen Abend bereits diskutierten Muster abgehandelt.

Wenn bis jetzt vor allem die negativen Aspekte der abgelaufenen Legislaturperiode thematisiert wurden, so entspricht dies natürlich der Realität. Aber es gibt auch ganz klar positive Aspekte. Es besteht durchaus eine gute Ausgangslage in Zofingen, um die Herausforderungen der nächsten Jahre erfolgreich zu meistern. Die Stadt ist nach wie vor schuldenfrei und steigt sogar mit einem kleinen Eigenkapitalpolster ins nächste Jahr. Die Steuererträge der juristischen Personen – und dabei handelt es sich um einen sehr, sehr positiven Effekt – steigen langsam aber stetig wieder an. Für das laufende Jahr wird mit Erträgen von über CHF 3 Mio. gerechnet, was den Budgetposten massiv übersteigt. Auch während der nächsten Jahre dürfte diese Steigerungsrate anhalten. Zu den natürlichen Personen ist festzuhalten, dass auch hier der Steuerertrag und die Steuerkraft ansteigen werden, wenn die Gemeinde wächst.

Zofingen wird auch in Zukunft die Rolle als Zentrumsgemeinde weiterhin konsequent übernehmen, aber es muss weiter intensiv daran gearbeitet werden, dass die Leistungen als Zentrumsgemeinde abgegolten werden. Leider hat der Kanton diesbezüglich überhaupt keine tauglichen Mittel, mehr noch, er hat überhaupt keine Mittel. Es besteht zwar ein Finanzausgleich aber kein Lastenausgleich. Entsprechend muss der Dialog in der Region geführt werden und zwar auch dann, wenn er bei den Nachbargemeinden – siehe Repol-Diskussion – zu roten Köpfen führt. Man wird versuchen, mit Kooperationen weiterzufahren. Aber auch hier wird klar gelten, dass man die Leistung nur gegen ein Entgelt erhalten wird.

Gut ist die Ausgangslage auch bei den grossen Investitionsvorhaben. Für das neue Seniorenzentrum, die SBB-Unterführung Strengelbacherstrasse sowie die dazugehörigen Kreisellprojekte wurden erfolgversprechende planerische Vorarbeiten geleistet. Die entsprechenden Bauarbeiten laufen bereits oder werden in den nächsten Monaten beginnen. Intensive Vorbereitungsarbeiten sind auch für die Entwicklungsprojekte – Untere Vorstadt, Schild K104 Aarburgerstrasse oder Falkeisenmatte – erbracht worden. Die Früchte dieser Entwicklungsprojekte – nicht zuletzt auch in Form eines gesteigerten Steuersubstrates bei den natürlichen Personen – wird man in der nächsten oder übernächsten Legislaturperiode ernten können.



Die Stadt Zofingen hat zudem auch Arbeiten zur Verbesserung der finanziellen Handlungsfähigkeit geleistet, indem bereits diverse Spar- und Optimierungsmassnahmen erarbeitet wurden. Weitere Sparmassnahmen werden folgen und in den Budgets 2015 und folgende umgesetzt. Als Folge davon werden alle politischen Gremien eine sehr heikle Gratwanderung durchzustehen haben. Einerseits gilt es, die Sparbemühungen mit aller Intensität und Konsequenz weiterzuführen. Andererseits soll sich Zofingen weiterhin als attraktive Stadt zum Wohnen und Arbeiten in hoher Qualität auszeichnen. Deshalb sind regelmässige Investitionen in adäquater Höhe notwendig und es braucht ein gut ausgebautes Dienstleistungsangebot. Daher gilt es, den erfolgreichen Spagat zu machen zwischen Sparen und Optimieren sowie Angebotsgestaltung für eine attraktive Gemeinde.

Der Stadtammann ist sehr zuversichtlich, dass es gemeinsam möglich sein wird, in den kommenden Jahren die schwierigen Klippen zu umschiffen. Zuversichtlich gestimmt haben ihn die Diskussionen über die Sparmassnahmen, die von verschiedenen Seiten eingebracht wurden. Man konnte feststellen, dass sich die befürwortenden und ablehnenden Stimmen praktisch durch alle Fraktionen verteilt haben. Das bedeutet, dass die Spar- und Optimierungsmassnahmen nach sachlichen Kriterien und nicht nach ideologischen Gesichtspunkten bewertet wurden.

Zum Schluss bedankt sich Hans-Ruedi Hottiger – auch im Namen seiner Ratskolleginnen und –Kollegen – für die konstruktive Kritik und für die gute Zusammenarbeit in der ablaufenden Legislaturperiode. Ganz speziell dankt er den Mitgliedern der FGPK für die professionellen Feedbacks und kritischen Diskussionen. All diese konstruktiven Auseinandersetzungen haben die Stadt weitergebracht. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, dass in der nächsten Legislaturperiode dort angeknüpft werden kann. Hans-Ruedi Hottiger wünscht allen beruflich, privat und politisch alles Gute – egal ob es diejenigen betrifft, welche ab 2014 weiterhin in diesem Saal sitzen werden, oder ob es sich um diejenigen handelt, die der Überzeugung sind, zukünftig mit einer Prise weniger Politik leben zu können.

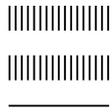
Verabschiedung des abtretenden Ratspräsidenten

Da der Vizepräsident, Elmar Bertschinger, an dieser Sitzung entschuldigt abwesend ist, übernimmt Marco Arni die Verabschiedung des scheidenden Einwohnerratspräsidenten.

Wie vom Ratspräsidenten angekündigt, „reisst“ Hr. **Marco Arni**, DYM/glp, das Mikrofon an sich. Zur Beruhigung der Anwesenden versichert er, dass es sich um einen Einzelfall handelt, wenn er den Platz des Ratspräsidenten nun einnimmt. In Ermangelung eines amtlich gewählten Vizepräsidenten ist ihm die Ehre zugefallen, einige Worte zum Abschied von Thomas Bühler zu sagen. Er gibt das Mikrofon dem Vorsitzenden anschliessend selbstverständlich wieder zurück.

Es handelt sich um ein Ausnahmebild, welches die Ratsmitglieder im Moment vor sich sehen, denn man war sich die letzten 2 Jahre gewohnt, dass sich Thomas Bühler ganz zuverlässig hinter diesem Mikrofon befand und mit so lauter Stimme hineinsprach, dass man ihn verstand – egal ob bei Sturm oder bei Sonnenschein; beides hat er während der beiden Amtsjahre auf dem Chefplatz zur Genüge erlebt. Aber kaum etwas konnte Thomas Bühler aus der Ruhe oder gar aus der Fassung bringen. Er hat stets nach bestem Wissen und Gewissen versucht, auch die kompliziertesten und vertracktesten Situationen gut und mit dem ihm eigenen Charme über die Runden zu bringen. Gerade auch die heutige Sitzung hatte wieder einige Fussangeln, die er souverän gemeistert hat.

Für seine Führungsarbeit hat Thomas Bühler erstaunlich wenig die schöne Glocke benötigt, ausser es ging darum, die Leute endlich aus der Pause zurückzuholen. Es hätte nicht zu seinem Führungs-



und Demokratieverständnis gepasst. Er wollte die Leute zu Wort kommen lassen und liess auch das eine oder andere Mal im Sinne einer lebendigen Diskussion etwas durchgehen, was vielleicht nicht zu 100 % zur Sache oder zum Gegenstand gehörte. Thomas Bühler wollte sich nicht als Person inszenieren und sich nicht selber ins Zentrum stellen, was sehr angenehm war. Auch im Ratsbüro wurde die offene Diskussionskultur immer geschätzt. Ohne Scheuklappen hat er Ideen und Meinungen aufgenommen, demokratisch im eigentlichen Sinne des Wortes.

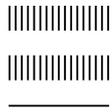
Marco Arni selber hat Thomas Bühler als sehr umgängliche und offene Person kennengelernt, welchem der Mensch viel wichtiger war als die Parteifahne. Eine Eigenschaft, welche allen in diesem Saal auch immer wieder gut anstünde, damit über Partei-, Fraktions- und Blockgrenzen hinaus gescheite Lösungen gefunden werden könnten. In diesem Sinne war Thomas Bühler ein Vorbild, dem man aber – was ehrlicherweise zuzugeben ist – nicht immer zu 100 % gefolgt ist. Er muss zwar heute den Präsidentenstuhl räumen; muss deshalb, weil zu merken ist, dass ihm das Amt je länger je mehr gefallen hat. Es hat ihm Freude bereitet, nicht nur im Rat selber, sondern auch an allen Anlässen und Veranstaltungen, an welchen er den Einwohnerrat Zofingen vertreten durfte. Aber – und das ist das Positive und spart auch viel Zeit – es ist kein Abschied. Marco Arni muss keinen Palmarès vorlesen, was Thomas Bühler schon alles für die Stadt Zofingen geleistet hat, denn er bleibt dem Einwohnerrat erhalten. Er hat sich noch einmal zur Wahl gestellt und wird im kommenden Januar wieder als 08/15-Ratsmitglied in der Mitte seines Blockes Platz nehmen dürfen. Er geht aber davon aus, dass Thomas Bühler kein 08/15-Einwohnerrat mehr werden wird, da er seine Erfahrungen und Haltungen bestimmt in seine Fraktion einbringen und diese auch weitertragen wird, damit weiterhin blockübergreifend gute Lösungen gefunden werden können. Dies wird, wie vorher Hans-Ruedi Hottiger bereits ausgeführt hat, in der nächsten Legislaturperiode sehr nötig sein. In diesem Sinne dankt Marco Arni dem scheidenden Vorsitzenden im Namen des Ratsbüros und auch im Namen aller anwesenden Ratsmitglieder für die 2 Jahre Präsidium. Er hofft, dass ihm diese in wertvoller Erinnerung bleiben werden und dass Thomas Bühler dem Einwohnerrat noch lange erhalten bleibt.

Schlusswort des Ratspräsidenten

Der **Präsident** bedankt sich bei seinem Vorredner für die Worte. Er stellt fest, dass Abschiedsworte auch immer Dankesworte sind. Man schaut dankbar zurück und überlegt, ob man die Sitzungen für links und rechts meistens gerecht geleitet hat. Durch die tatkräftige Unterstützung und die ruhige Art des Ratssekretärs wurde ihm Sicherheit vermittelt und es hat ihm einen grossen Teil der Unsicherheit genommen. Trotzdem hat Thomas Bühler nie den Handschweiss verloren. Es war für ihn nicht immer leicht, den Rat zu führen. Nicht wegen der Ratsmitglieder, sondern wegen der Geschäfte und insbesondere wegen der Rückweisungsanträge. Diese werden ihm ganz besonders in Erinnerung bleiben. Aus diesen Gründen bedankt er sich als erstes ganz herzlich beim Stadtschreiber für seine Integrität, seine Ehrlichkeit, das Fachwissen und den Einsatz. Er konnte sich immer auf ihn verlassen.

Ein weiterer Dank gilt der Stadtsaalcrew, welche den Rat immer gut versorgt hat und dafür besorgt war, dass die Sitzungen stets reibungslos abgehalten werden konnten. Natürlich bedankt er sich auch bei seinen Ratskolleginnen und Ratskollegen.

Das Amt war eine riesige Herausforderung, welche er am Schluss doch noch geschätzt hat, obwohl es ihn immer stark gefordert hat. Was ihn etwas betrübt, ist die grosse Fluktuation. Dadurch bekam er Routine für ein Geschäft, an dem ihm gar nicht so gelegen war. Es waren immer wieder neue



Leute in Pflicht zu nehmen. Darüber wurde auch im Ratsbüro diskutiert und man hat Massnahmen eingeläutet.

Für ein politisches Amt braucht man im direkten Umfeld grosse Akzeptanz. Die Familienbande werden strapaziert, auch die Arbeitsverhältnisse mit dem Arbeitgeber sind manchmal stark gefordert. Stellvertretend bedankt sich Thomas Bühler ganz herzlich bei seiner Ehefrau, welche heute auf der Tribüne anwesend ist. Seine Familie hat ihn immer unterstützt. Bedanken möchte sich der scheidende Präsident ebenfalls bei seinen politischen Förderern, welche ihn auf seinem Weg begleitet und unterstützt haben.

Seine Präsidialzeit begann mit GK 115, dabei handelte es sich um Einbürgerungen. Die heutige Sitzung schliesst mit einer Motion mit GK-Nummer 177. Was ihn ebenfalls gefordert hat, war der durch ihn gefällte Präsidialentscheid. Man hat es heute wieder gehört, der damals nicht bewilligte Kreiselast bei der Landi ist noch immer ein Thema. Der Kreisel selber wurde mit Präsidialentscheid durchgewunken. Das zeigt, dass die politischen Mehrheiten auch nach den Wahlen sehr eng sind.

Thomas Bühler durfte viele interessante Begegnungen geniessen und viele ebenso interessante Gespräche führen. Man spürt Dankbarkeit bei ortsansässigen Vereinen und Institutionen. Auch bei den leitenden Angestellten der Verwaltung trifft man immer auf offene Ohren. Er möchte die Verantwortung nicht missen, es war eine tolle Zeit. Politische Auseinandersetzungen sind sehr wichtig, nur so kann Zofingen weitergebracht werden. Die Aufgaben einer Kleinstadt sind sehr vielfältig und werden nicht kleiner, wenn die finanziellen Anliegen und Bedürfnisse einer Stadt wie Zofingen und die regionalen Aufgaben erfüllt werden müssen.

Er bedankt sich noch einmal ganz herzlich bei allen und wünscht seinem Nachfolger alles Gute, viel Freude und interessante Kontakte und Gespräche. Sein letzter Dank gilt nochmals dem Ratsbüro sowie den Stadträtinnen und Stadträten.

Die Stadt lädt im Anschluss an die Sitzung zu einem Apéro ein, zu welchem alle Anwesenden eingeladen sind.

Schluss der Sitzung um 22.20 Uhr.

Für getreues Protokoll:

Thomas Bühler
Ratspräsident

Arthur Senn
Protokollführer

Anhang

- PowerPoint-Präsentation Optimierungsmassnahmen



Optimierungsmassnahmen

Stand der Umsetzung

Einwohnerrat

Montag, 21. Oktober 2013 – Stadtsaal



Vorbemerkung

- dies ist ein Zwischenbericht aus einem laufenden Prozess
- der Optimierungsprozess läuft weiter
- weitere definitive Ergebnisse liefern die heutigen Beschlüsse zum Budget 2014





Rückblick

- Umsetzung verschiedener Massnahmen im Umfang von knapp CHF 700'000 im Hinblick auf 2. Version Budget 2013
- inkl. Stellenabbau/Pensenreduktionen
- Diverse Workshops Februar/März 2013 mit Stadtrat, Verwaltung, „FGPK plus“
- Aktuell: **106 zu prüfende Optimierungsmassnahmen**



Kategorisierung der Massnahmen

- 14 Umsetzung dieser Massnahme im Jahr 2014, finanzielle Auswirkungen sind im Budget 2014 abgebildet
- 15 Weiterbearbeitung dieser Massnahme, Umsetzung frühestens ab 2015 möglich
- X Massnahme nicht weiterverfolgen





Informationen zu den Massnahmen in den Budgetunterlagen 2014

- Budget Seite 16, Ziffer 4.1.4 (Zusammenzug)
- Budget Seite 31 - 37, Ziffer 7 (Detailerläuterung einzeln pro umgesetzte Optimierungsmassnahmen)
- Budget Seite 52 - 126, Optimierungsmassnahmen sind mit “ ^ “ gekennzeichnet.



Die wichtigsten im Budget 2014 umgesetzten Massnahmen





Umsetzung Budget 2014

- 1 Konsequente Verrechnung der Gemeinkosten an Eigenwirtschaftsbetriebe und Externe

Verrechnung der effektiven Kosten (gemäss Leistungserfassung), wenn immer möglich



Umsetzung Budget 2014

- 2 Reduktion Bezugsberechtigte Rechnungs- und Silvesterwein
Neudefinition des Kreises der Bezugsberechtigten ab 2014 (Beschränkung auf ursprünglichen Empfängerkreis (Ehrenamtliche))

Einsparung CHF 25'000 ab 2014, jährlich wiederkehrend, Kto. 0120.3170.00





Umsetzung Budget 2014

- 20/ Fusionen mit anderen
- 21 Zivilschutzorganisationen/RFO

Fixkosten werden auf mehr Einwohner verteilt;
Beitritt Gemeinde Murgenthal per 01.01.2014
zur Zivilschutzorganisation Zofingen;
Ziel wird weiterverfolgt

Einsparung CHF 30'000 ab 2014, jährlich
wiederkehrend, Funktion 1626



Umsetzung Budget 2014

- 38 Reduktion/Verzicht auf Unterstützungsbeiträge
an Freizeitanlage Spittelhof

Stossrichtung: konsequente Verrechnung der
Leistungen der Stadt für die Region

Einsparung CHF 50'000 ab 2014 jährlich
wiederkehrend, Kto. 3420.3636.00, weitere
Reduktion um jährlich CHF 25'000 ab 2015 geplant





Umsetzung Budget 2014

52 Reduktion des Unterhalt-Standards bei den
Gemeindestrassen

Kredit für den laufenden Strassenunterhalt um
CHF 50'000 reduziert

Es werden nur noch die dringendsten
Unterhaltsarbeiten in Auftrag gegeben; nicht
nachhaltig

Einsparung CHF 50'000 ab 2014, Kto. 6150.3141.00



Umsetzung Budget 2014

61 Verzicht auf Regionmarketing
vollständiger Verzicht wäre kontraproduktiv;
deutliche Reduktion des Leistungsumfangs;
evtl. vollständiger Verzicht;
Nachteile im Standortwettbewerb (z.B.
Ansiedlungen)

Einsparung CHF 50'000 ab 2014, jährlich
wiederkehrend, Kto. 8500.3632.00





Umsetzung Budget 2014

65 Verzicht auf Testplanung Falkeisen-
matte, stattdessen direkte Erteilung der
Verkaufskompetenz an Stadtrat

Qualität der Überbauung und Grünanlagen kann
ohne Testplanung durch entsprechende
Auflagen beim Verkauf erreicht werden

Die im Jahr 2013 budgetierte **Investitionsausgabe** von
CHF 110'000 wird nicht benötigt.



Umsetzung Budget 2014

68 Abschaffung Stipendienvergabe der
Einwohnergemeinde

Aufhebung des entsprechenden Reglements
wird heute beantragt

Einsparung CHF 18'750 ab 2014, jährlich
wiederkehrend, Kto. 2990.3637.00





Umsetzung Budget 2014

72 Gezielter Abbau aller Fonds und Rückstellungen

1. Spezialfonds Parkplätze

freiwillige Öffnung eines zweckgebundenen
Fonds bei der jetzigen Finanzlage nicht sinnvoll;
Verzicht auf Fondseinlage aus Parkhaus- (neu)
und Oberflächenparkgebühren (wie bisher)

Einsparung CHF 178'500 im Jahr 2014, Konto
6152.3511.00



Umsetzung Budget 2014

72 Gezielter Abbau aller Fonds und Rückstellungen

2. Rücklagenfonds Repol

vollständige Auflösung nicht vorgesehen;
schrittweiser Abbau (Rückzahlungen an
Gemeinden) des Bestandes sinnvoll

Einsparung CHF 80'000 im Jahr 2014, Konto
1110.3612.00, evt. auch (teilweise) in den
Folgejahren





Umsetzung Budget 2014

85/ Stellenreduktion Stadtbüro/Stadtmarketing/
60 Reduktion Dienstleistungsangebot Stadtbüro

Pensenreduktion auf Budget 2013 um 30 %

nun weitere Pensenreduktion um 20 %;

One-Stop-Shop bleibt erhalten;

Öffnungszeiten Gesamtverwaltung in Prüfung

Einsparung ca. CHF 20'000 (bereits im Budget 2013
enthalten), jährlich wiederkehrend, Kto.

8400.3010.00



Umsetzung Budget 2014

106 Stellenreduktion Werkhof

interne Verrechnungen reduzieren sich

Einsparung CHF 80'000 ab 2014, jährlich
wiederkehrend, div. Konti





Resultat

Optimierung Budget 2014 um CHF 578'250



Massnahmen in Prüfung, Umsetzung frühestens ab Budget 2015 möglich

Die Umsetzung dieser Massnahmen war aus unterschiedlichen Gründen im Hinblick auf das Budget 2014 noch nicht möglich.





Massnahmen in Prüfung

Die Hauptgründe (4 Gruppen):

- **Rechtliche Vorgaben** (Gemeindeordnung, übergeordnetes Recht) müssen geändert werden
- **Abhängigkeiten:** Umsetzung hat grosse Auswirkungen auf übrige Verwaltungsabteilungen/-bereiche und/oder auf verschiedene laufenden Projekte
- **Komplexität:** Auswirkungen (und damit auch die Sparpotentiale) können nicht genau abgeschätzt werden; vertiefte Analysen nötig
- **mangelnde personelle Kapazitäten** verhindern eine raschere Umsetzung



Massnahmen in Prüfung

Rechtliche Vorgaben

- 10 Mietzinsanpassung stadteigene Wohnliegenschaften
- 66a Reduktion Anzahl Mitglieder Stadtrat
- 66b Reduktion Anzahl Mitglieder Einwohnerrat
- 90c Gemeinsame Führung Ressorts Tiefbau und Hochbau
- 74 Konsequente Bewirtschaftung aller Parkplätze auf öffentlichem Grund
- 76 Teilzonenplanänderungen (gezielte Neu- und Umzonungen) für qualitativ hochstehende Neuansiedlungen





Massnahmen in Prüfung

Auswirkungen auf andere Bereiche/Projekte

- 94/ Stellenreduktion Informatik (100 %)/
- 83/ Verzicht auf Kaderstelle Zentrale
- 3 Dienste (Informatik/Kommunikation)/Reduktion IT-Standards
- 29 Umnutzung Altes Schützenhaus
- 32 Verrechnung von Benützungsgebühren auch in der Trinermatte am Wochenende
- 36 Verlegung Jugendtreff "Planet Z" in stadteigene Liegenschaft
- 37 Kündigung des Vertrages mit der Jugendherberge



Massnahmen in Prüfung

Auswirkungen auf andere Bereiche/Projekte

- 64 Auslagerung Entsorgungssammelstelle aus dem Werkhof an Private
- 65 Reduktion der Kosten für den Friedhofsunterhalt
- 76 Neuorganisation Stadtsaal
- 80 Verzicht auf Stelle Alter und Gesundheit





Massnahmen in Prüfung

Komplexität

- 12 Streichung unentgeltliche Raumnutzung durch Vereine und Gruppen
- 27a Erhöhung Abo-Gebühr Bibliothek für Auswärtige
- 27b Erhöhung Abo-Gebühr Schwimmbad für Auswärtige
- 48 Optimierung Bereich Materielle Hilfe
- 63 Überprüfung Vermietungen Werkhof



Massnahmen in Prüfung

Komplexität

- 73 Reduktion Energiekosten Strassenbeleuchtung (Contracting), Überprüfung Leistungsvereinbarung
- 86 Reduktion Schalteröffnungszeiten
- 104 Überprüfung Kostenüberwälzung Aufräumarbeiten Fasnachtsumzug





Massnahmen in Prüfung Mangelnde Kapazitäten

- 7 Energieoptimierungen (Liegenschaften)
- 11 Optimierung Liegenschaftsportfolio
- 13 Optimierung Hauswartkonzept
- 24 Reduktion Kosten Kinderfest
- 39 Verkauf Ferienheim Adelboden



Massnahmen, die momentan nicht weiterverfolgt werden





Nicht weiterverfolgen

40 Neuorganisation Hirschpark/
Auslagerung in private Trägerschaft

- Private Finanzierung ungewiss
- Schliessung politisch nicht mehrheitsfähig
- Redimensionierung bringt keine bedeutenden Einsparungen



Nicht weiterverfolgen

42/ Reduktion Unterstützungsbeitrag an
45 Jugend- und Familienberatungsstelle
Region Zofingen und Reduktion Beitrag
an Eheberatungsstelle

- Leistungsabbau
- sehr negatives Signal der Zentrumsgemeinde für die regionale Zusammenarbeit





Nicht weiterverfolgen

82 Verzicht auf Kaderstelle Personal

- massiver Qualitäts-Verlust
- Mehrbelastung aller Kader
- Gesamtheitlich betrachtet keine Einsparung
- Negatives Signal an Angestellte



Nicht weiterverfolgen

95 Verpflegung ER auf eigene Kosten

- Einsparpotenzial gering
- Wahrung Verhältnismässigkeit





Nicht weiterverfolgen

100 Mehr Einquartierungen Militär

- kein Handlungsspielraum vorhanden
- Einquartierungen erfolgen vom Bund
- möglichst optimale Belegung wird bereits jetzt angestrebt



Nicht weiterverfolgen

105 Kontrolle Fussgängerzone Altstadt mit
Anlieferungszeiten

- Mehrkosten kompensieren Busseneinnahmen
- Negatives Signal: Schikane für
Gewerbetreibende

